

„Sport ist meine Leidenschaft“

Serie: Luis Giertzsch ist der erste FSJler bei Phönix. ► SEITE 9

„Die angebissene Frau“

Mischung aus Texten und Musik in der Stadtbücherei. ► SEITE 11

Einigkeit und Recht und Freiheit

Vormärz und Revolution von 1848/49 im Alten Rathaus. ► SEITE 11

Montag, 21. Oktober 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 245

WETTER

Heute



11° – 21°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Prüfungslehrgang für Hauswirtschaft

Wer im hauswirtschaftlichen Bereich arbeitet, aber nicht über eine entsprechende Ausbildung verfügt, kann mit Hilfe der vhs einen entsprechenden Abschluss nachholen: Die vhs bietet ab 10. März 2025 einen Lehrgang an, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Hauswirtschaftler“ vorbereiten können.

► SEITE 11

VfK: Faustdicke Überraschung beim Spitzenreiter Mainz 88

„Wir wollen einen guten Gegner abgeben, unsere Chance nutzen und erhobenen Hauptes heimfahren können“, hatte Erol Bayram vor der Begegnung des VfK bei der zweiten Vertretung von Mainz 88 erklärt.

► SEITE 13

INHALT

Lokal	9
Notrufe	10
Sudoku	10
Rätsel	10
Roman	12
Anzeigen	16

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690
www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:
Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:
Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:
Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:
www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien
www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsappKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:
Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.
Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr.
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.

Deutsche Alleen in Gefahr

Alleen sind Kulturgut und Biotop zugleich. Jedoch sind viele der oft historischen Baumreihen stark in die Jahre gekommen. Experten sorgen sich deshalb um Deutschlands Alleen, die vor allem im Norden und Osten zahlreiche Straßen prägen.

► AUS ALLER WELT

Foto: dpa



Attentat in letzter Minute vereitelt

Nach verhindertem Anschlag auf israelische Botschaft in Berlin warnt die Regierung vor „sehr ernster Terrorgefahr“

BERNAU/BERLIN (dpa). Nach der Vereitelung eines möglichen Anschlags auf die israelische Botschaft in Berlin warnt die Bundesregierung vor einer „sehr ernsten“ Terrorgefahr in Deutschland. Man werde weiterhin „alles daran setzen, dass die gefährlichen Pläne der Israel-Hasser und Antisemiten nicht aufgehen“, sagte Justizminister Marco Buschmann. Innenministerin Nancy Faeser betonte die Bedeutung des bereits massiven Wachstums israelischer und jüdischer Einrichtungen. „Wir handeln mit höchster Wachsamkeit und Aufmerksamkeit angesichts der hohen Bedrohungsstufe durch islamistische, antisemitische und israel-feindliche Gewalt.“

Am Samstagabend war ein Libyer in Bernau bei Berlin festgenommen worden, dem die Bundesanwaltschaft vorwirft, einen Anschlag mit Schusswaffen auf die israelische Botschaft in Berlin geplant zu haben. Zur Planung des Vorhabens habe sich der Beschuldigte in einem Messenger-Chat mit einem Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ausgetauscht,

teilte die Ermittlungsbehörde mit. Die Wohnung sowie eine weitere Wohnung im nordrhein-westfälischen Rhein-Sieg-Kreis einer nicht tatverdächtigen Person wurden durchsucht. Gegen den Beschuldigten wurde von einem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Sonntag Haftbefehl erlassen. Den Ermittlungen zufolge wollte der Mann die Botschaft mit Schusswaffen angreifen.

Bei dem Tatverdächtigen handelt es sich um einen Libyer, dessen Asylantrag abgelehnt

worden ist. Gegen diese Ablehnung soll der Mann nicht geklagt haben. Nach Informationen der „Bild“ soll der Mann 28 Jahre alt und im November 2022 nach Deutschland eingereist sein. Im Januar 2023 habe er Asyl beantragt, was acht Monate später abgelehnt worden sei.

Für Libyen gilt bundesweit kein genereller Abschiebestopp. Wenn ein Asylbewerber nicht freiwillig dorthin ausreist, gilt eine Abschiebung allerdings als schwierig, weil es in dem Land nur teilweise funktionierende

staatliche Strukturen gibt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach von einem „feigen Anschlagplan“, der verhindert worden sei. Der israelische Botschafter Ron Prosor dankte den deutschen Sicherheitsbehörden. „Der muslimische Antisemitismus beschränkt sich nicht auf hasserfüllte Rhetorik, sondern fördert den weltweiten Terrorismus“, sagte er. Die Mitarbeiter der israelischen Botschaft seien besonders gefährdet, weil sie an vorderster Front der Diplomatie stünden.

Seit dem Terrorangriff islamistischer Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 ist in Deutschland eine starke Zunahme antisemitischer Vorfälle registriert worden. Anfang September war es bereits nahe dem israelischen Generalkonsulat in München zu einem Schusswechsel zwischen einem 18-jährigen Österreicher und der Polizei gekommen.

In dem aktuellen Fall soll der Hinweis auf den Libyer von einem ausländischen Nachrichtendienst gekommen sein. Wie konkret die Pläne waren, wird wohl erst nach der Auswertung der bei den Durchsuchungen

aufgefundenen Gegenstände feststehen. Die Sicherheitsbehörden haben in diesem Fall sowie in einigen ähnlich gelagerten Fällen der jüngeren Vergangenheit schnell zugegriffen.

Die Sicherheitsvorkehrungen an den jüdischen und israelischen Einrichtungen in Berlin

„Der muslimische Antisemitismus beschränkt sich nicht auf hasserfüllte Rhetorik, sondern fördert den weltweiten Terrorismus.“

Israels Botschafter Ron Prosor wurden zunächst nicht weiter verschärft. Derzeit würden mehr als 160 Objekte bewacht, sagte Sprecherin Beate Ostertag. Für die israelische Botschaft gelte generell ein „maximal hohes Level“. Die Berliner Polizei bewerte die Situation aber ständig neu und stehe dazu mit nationalen und internationalen Behörden im Austausch.



Im Visier der Terroristen: Die israelische Botschaft in Berlin soll das Ziel des geplanten Attentats eines in Deutschland lebenden Libyers gewesen sein. Foto: dpa

Klinik-Sterben erwartet

BERLIN (dpa). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erwartet, dass als Folge der Krankenhausreform auch Kliniken schließen. „Es ist ganz klar, dass wir in zehn Jahren spätestens ein paar Hundert Krankenhäuser weniger haben werden“, sagte der SPD-Politiker der „Bild am Sonntag“. Das sei auch richtig so. „Für diese Krankenhäuser haben wir nicht den medizinischen Bedarf.“ Schon jetzt bleibe jedes dritte Bett leer und es gebe zu wenig Personal. Vor allem in westdeutschen Großstädten dürften Kliniken wegfallen. Zugleich betonte Lauterbach, dass benötigte Häuser auf dem Land Zuschläge bekämen, um zu überleben. Lauterbach erklärte ergänzend, die Reform sichere eine flächendeckende Versorgung und Sorge für mehr Qualität. „Krankenhäuser auf dem Land bleiben erhalten. Aber mehrere Hunderte Kliniken – vor allem in westdeutschen Großstädten – werden umgewidmet oder können nicht mehr alle Leistungen anbieten.“ Die Reform helfe, ein „ungesteuertes Krankenhaus-Sterben zu verhindern.“

Drohnenangriff galt Netanjahu

TEL AVIV (dpa). Ein Drohnenangriff der Hisbollah aus dem Libanon auf die israelische Stadt Caesarea galt nach Regierungsangaben Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Das bestätigte ein Sprecher des Politikers. Netanjahu und seine Frau seien zum Zeitpunkt des Angriffs jedoch nicht zu Hause gewesen. In Caesarea, einem Küstenort am Mittelmeer, liegt das Privathaus Netanjahus. Nach Armeeangaben wurde niemand bei dem Angriff verletzt. Der Regierungschef gab sich anschließend kämpferisch. Er lasse sich nicht abschrecken, sagte Netanjahu in einem in sozialen Netzwerken veröffentlichten Video und schwor Rache: „Israel werde den Krieg gewinnen.“



Deutliche Nahost-Differenzen bleiben

Bundeskanzler Scholz und der türkische Präsident Erdogan wollen wieder enger zusammenrücken

ISTANBUL/BERLIN (dpa). Trotz großer Differenzen beim Krieg im Nahen Osten rücken Deutschland und die Türkei wieder enger zusammen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) signalisierte dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan bei seinem Besuch in Istanbul, dass er nach langjähriger Zurückhaltung verschiedener Bundesregierungen wieder zu einer engeren Kooperation im Rüstungsbereich bereit ist. Außerdem setzt er auf eine gute Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Steuerung der Migration und bei den diploma-

tischen Bemühungen um ein Ende des Ukraine-Kriegs. Die seit fast neun Jahren brachliegenden deutsch-türkischen Regierungskonsultationen, also Treffen der Regierungschefs und mehrerer Minister, sollen laut Scholz als „sichtbares Zeichen“ der verbesserten Beziehungen wiederbelebt werden.

Beim Thema Nahost sind der Kanzler und der türkische Präsident aber weiterhin auf Konfrontationskurs. Erdogan warf Israel bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz im Dolmabahce-Palast am Bosphorus

Völkermord vor. Scholz hielt dagegen. „Deutschland hat nicht die Einschätzung (...), dass der Vorwurf des Völkermords gerechtfertigt ist“, sagte er. Scholz betonte aber auch, dass zivile Opfer egal auf welcher Seite gleichermaßen beklagt werden müssten. Israel habe das Recht, sich zu verteidigen, müsse sich dabei aber an das Völkerrecht halten. „Das ist eine Anforderung, die selbstverständlich ist.“

Die deutsch-türkischen Beziehungen gelten seit vielen Jahren als schwierig. Ein Grund dafür ist die Menschenrechtslage in

der Türkei mit massiven Eingriffen in die Meinungsfreiheit und Verhaftungen von Regierungskritikern auch mit deutschen Pässen. Aber auch das internationale Agieren der Türkei gegenüber Griechenland oder Israel spielt dabei eine Rolle.

Gemeinsame Schritte wollen die Türkei und Deutschland beim Thema Ukraine-Krieg gehen. „Unsere Länder stehen eng an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen die Ukraine dabei, sich zu verteidigen. Darauf kann sich das Land auch verlassen“, sagte Scholz.



Bundeskanzler Olaf Scholz (links) und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bei dem Treffen in Istanbul. Foto: dpa

KOMMENTARE



Koalition in Thüringen: Nicht mit dieser Wagenknecht?

Von Hagen Strauß
kommentar@vrm.de

Es klingt inzwischen wie eine reine Formsache, wenn in Thüringen die drei Parteien CDU, BSW und SPD betonen, über eine Formulierung zur Friedensfrage für die Präambel eines möglichen Koalitionsvertrages zügig reden zu wollen. Dieser Stolperstein dürfte sich also auch noch aus dem Weg räumen lassen. Der Zug fährt somit langsam in Richtung Brombeer-Bündnis. Am Patt im Erfurter Landtag ändert sich dann zwar nichts, aber die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass damit ein AfD-Ministerpräsident Björn Höcke verhindert werden kann. Und darum geht es zuallererst. Auch wenn ein Restrisiko bleibt.

Die Einbindung einer Gruppierung wie die von Sahra Wagenknecht wäre so etwas wie eine parteipolitische Zäsur. Zum einen, weil es mit dem BSW eine Partei geschafft hat, aus dem Stand nicht nur in Landtage einzuziehen, sondern voraussichtlich auch in eine Landesregierung. Und das zunächst einmal von außen gesteuert, also vom Saarland aus durch Wagenknecht. Viel wichtiger ist aber, dass die SPD ein bisschen und die Union ganz besonders ihr Wertekorsett derart biegen, dass es schon wehtut. Wann hat es das schon mal gegeben? Nun kann man sagen, man erfüllt nur den Wählerwillen, der die Lage zu verantworten hat. Aber auf der anderen Seite hat man auch eine Verpflichtung gegenüber jenen, die einem die Stimme gegeben haben und die mit BSW, Wagenknechts Russlandfreundschaft und Anti-Amerikanismus nichts zu tun haben wollen. Insofern zieht das Argument nicht ganz.

Die Union vor allem kann daher froh sein, dass es in Thüringen mit Katja Wolf eine eigenständige, von Wagenknecht offenbar emanzipierte und selbstbewusste BSW-Politikerin gibt, die sich den realistischen Blick auf das Machbare in ihrem Bundesland bewahrt hat. Anders als Wagenknecht – ihre Tiraden im Bundestag ermüden zunehmend. Damit ist aber speziell die Union noch lange nicht fein raus. BSW ja, Linke nein, diesen Widerspruch kann sie schlichtweg nicht überzeugend erklären. Sollte es tatsächlich eine Koalition in Erfurt mit dem BSW geben, wird das Thema erst recht eins für Kanzlerkandidat und CDU-Chef Friedrich Merz. Bislang hat er immer nach Thüringen verwiesen, Ländersache, so Merz. Doch diese Strategie bröckelt. Irgendwann wird zwangsläufig die Frage gestellt, ob die Wagenknecht-Partei nicht doch für ein Bündnis im Bund taugt, wenn es die Mehrheitsverhältnisse notwendig machen. Merz verneint dies nach wie vor. Doch wie glaubwürdig ist das noch, wenn man in den Ländern koalitiert? Mit Blick auf die Grünen betont der CDU-Chef immer, nicht mit „diesen Grünen“. Vielleicht wird er aber alsbald auch sagen (müssen): Nicht mit dieser Wagenknecht.



Unser Gesundheitssystem ist nicht effizient

Von Elisabeth Saller
elisabeth.saller@vrm.de

Das deutsche Gesundheitssystem ist das teuerste in Europa. Trotzdem sind die Menschen hierzulande nicht gesünder und leben nicht länger als anderswo. Unser System ist ineffizient und vergeudet Geld. Geld, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber den Krankenkassen zahlen. Und Geld, das der Staat für seine Bürger an anderer Stelle dringend gebrauchen könnte. Es ist gut, dass die Krankenhausreform beschlossen wurde und sie in die Umsetzung gehen kann. Dass in überversorgten Großstädten Kliniken schließen werden, ist verkräftbar; gibt es doch häufig zwei oder mehr Krankenhäuser vor Ort, die sich in ihrem Angebot oft überschneiden. In ländlichen Regionen ist das Krankenhaussterben schon jetzt akut, noch ein paar Häuser werden wegfallen. Aber letztendlich profitiert die Bevölkerung davon: Zwar wird dann der Weg in eine andere Klinik etwas weiter, dafür gibt es dort spezialisiertes Personal und die passende Ausstattung. Die Krankenhausreform kann allerdings nur der Anfang sein. Experten warnen seit Jahrzehnten, dass wegen des demografischen Wandels große Probleme bei Renten- und Pflegeversicherungen auftreten werden. Der Generationenvertrag ist so nicht mehr haltbar, weil weniger Jüngere einzahlen für immer mehr Rentner, die immer länger leben. Das Problem angepackt hat niemand; keine Partei traut sich, eine riesige Anzahl älterer Wähler zu vergraulen. Die Leidtragenden sind die Jungen, die heute einzahlen: Wenn sie selbst einmal alt sind, können sie nicht darauf vertrauen, auskömmlich Pflegegeld und Rente zur Verfügung zu haben. Am besten sorgen sie selbst für sich vor. Weitere Reformen sind dringend nötig.



„... wie kommen wir da vorbei?“

Karikatur: Luff

„Bedrohungslage wird hoch bleiben“

Der verhinderte Anschlag auf die israelische Botschaft in Berlin heizt Debatte über mehr Sicherheit an

Von Hagen Strauß

BERLIN. Die Sicherheitsbehörden kamen ihm offenbar zuvor. Am Samstagabend wurde der libysche Staatsangehörige Omar A. in Bernau bei Berlin festgenommen. „Er ist Anhänger der Ideologie der ausländischen terroristischen Vereinigung Islamischer Staat (IS)“, ließ die Bundesanwaltschaft wissen – und er soll einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Berlin geplant haben. Der Vorgang heizt nun die Debatte über das weitere Vorgehen für mehr Sicherheit in Deutschland an.

Der Verdächtige soll beabsichtigt haben, einen öffentlichkeitswirksamen Anschlag mit Schusswaffen auf die israelische Botschaft zu verüben. Die Residenz in Berlin-Dahlem gilt als Hochsicherheitstrakt. Sie ist weiträumig abgesperrt, Besucher werden auf Herz und Nieren durchleuchtet.

Nach der Festnahme drängt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese nun die Union, ihre ablehnende Haltung zum Sicherheitspaket der Ampel aufzugeben. Wiese sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung: „Gerade vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung der zusätzlichen Befugnisse unserer Sicherheitsbehörden im Bundesrat durch die CDU/CSU ein erhöhtes Sicherheitsrisiko.“

Wiese ergänzte, die Terrorgefahr durch Ableger der Hamas und der Hisbollah in Europa sei weiter latent hoch. „Auch die Gefahr durch Einzeltäter, die

sich online radikalisiert haben.“ Das zeige der vereitelte Anschlag auf die israelische Botschaft, betonte Wiese.

Scharfe Kritik am Verhalten der FDP

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm (CDU), warnte ebenfalls: „Nach dem 7. Oktober sind jüdische Einrichtungen und staatliche israelische Einrichtungen gleichermaßen mögliche Ziele von Terroranschlägen.“ Throm ergänzte: „Die Bedrohungslage wird wohl leider hoch bleiben.“ Umso wichtiger sei es, so der CDU-Politiker weiter, „wenn Grüne und FDP nicht permanent die

Stärkung auch unserer Nachrichtendienste blockieren würden“. Throm betonte, vor allem das Verhalten der FDP sei hochgradig unglaubwürdig. Die Liberalen hätten nicht nur gegen die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer im Bundestag gestimmt, sondern auch die Sicherheitsbefugnisse bei Gesichtserkennung und Vorratsdatenspeicherung torpediert. „Die Befugnisse zur Gesichtserkennung hat die FDP im parlamentarischen Verfahren nahezu wirkungslos gemacht“, so Throm. „Die Vorratsdatenspeicherung verhindert sie gänzlich.“ Bei diesen Maßnahmen gebe es akuten Verbesserungsbedarf beim Sicherheitspaket der Ampel.

Mit den Stimmen der Ampel-Frakturen von SPD, Grünen und FDP hatte der Bundestag am Freitag das umstrittene Sicherheitspaket infolge der Messeranschläge von Solingen und Mannheim verabschiedet. Allerdings ließ die Union im Bundesrat Teile der Gesetzespakete nicht passieren, weil sie es für unzureichend im Kampf gegen die illegale Migration hält. Nun ist ein Vermittlungsausschuss nötig.

Am Wochenende hatte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai prompt Nachbesserungen am Paket verlangt. Da müsse noch einiges folgen, meinte er in einem Interview. Dies sorgt nun für neuen Ärger in der Koalition. SPD-Chefin Saskia Es-

ken ermahnte prompt den Koalitionspartner FDP.

Esken sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung: „Dass der Generalsekretär der FDP das von seinen Partei- und Fraktionsvorsitzenden ausgehandelte Maßnahmenpaket nur einen Tag nach dem breit mehrheitlichen Beschluss für unzureichend erklärt, ist mir unverständlich.“ Die SPD-Vorsitzende betonte weiter, sie appelliere „dringend“ an den Koalitionspartner FDP und die Opposition, die bereits beschlossenen Maßnahmen „und ihre zunehmende Wirksamkeit endlich anzuerkennen, anstatt in blinder Ignoranz die Schraube der Forderungen immer weiter zu drehen“.

Esken ergänzte, FDP-Generalsekretär Djir-Sarai fordere eine Wende in der Asylpolitik, „ohne die bereits erfolgten Maßnahmen wie Kontrollen an den Grenzen oder Verbesserungen bei der Rückführung und deren Wirksamkeit anzuerkennen“. Eine Reduzierung der Asylgesuche „um 50 Prozent und eine Erhöhung der Rückführungen um 20 Prozent hat die Regierung bereits bewirkt, an der die FDP beteiligt ist“. Zugleich mahnte sie, das Gerede von einer untätigen Politik „oder gar vom Kontrollverlust des Staates“ nutze letztlich nur den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, „die unser Land und seinen Zusammenhalt, unsere Freiheit und unsere Demokratie scheitern sehen wollen. Ich bin, wir sind nicht bereit, das zuzulassen.“



Ein mutmaßlicher IS-Unterstützer soll einen Anschlag mit Schusswaffen auf die israelische Botschaft in Berlin geplant haben. Foto: dpa

„Mietpreisbremse stopft Schlupflöcher nicht“

Deutscher Städtetag hält geplante Neuregelungen für unzureichend / „Gut gemeint, schlecht gemacht“

Von Hagen Strauß

BERLIN. Es ist eines der hochumstrittenen Projekte in der Ampel-Koalition: die Verlängerung der Mietpreisbremse. Nach langem Zögern hat Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) nun seinen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Instrument zur Begrenzung von Mietsteigerungen in angespannten Wohngebieten verlängert wird. Gut gemeint, aber schlecht gemacht, urteilt der Deutsche Städtetag. Hauptgeschäftsführer

Helmuth Dedy: „Enttäuschend ist, dass der Entwurf die seit Jahren bekannten Schlupflöcher im Gesetz nicht schließt.“ Jeder wisse doch, „dass etwa zeitlich befristete Vermietungen zum vorübergehenden Gebrauch von möblierten Wohnungen systematisch genutzt werden, um die Mietpreisbremse zu umgehen“, so Dedy. „Das Problem sollte die Bundesregierung angehen, wenn sie das Gesetz ohnehin für die Verlängerung anfasst.“ Zuletzt hatte auch die SPD darauf hingewiesen.

Außerdem, erklärte Dedy weiter, solle die Mietpreisbremse nach wie vor nicht für Wohnungen gelten, die nach 2014 gebaut wurden oder erstmals vermietet sind. „Diese Wohnungen sind jetzt zehn Jahre alt. Wenn die Regelung so bleibt, gilt die Mietpreisbremse für immer weniger Wohnungen“, betonte der Hauptgeschäftsführer.

„Höchst problematisch“ sei zudem, dass der Entwurf die Hürden für die Umsetzung der Mietpreisbremse in den Bundesländern deutlich erhöhe. „Das

könnte im schlimmsten Fall dafür sorgen, dass einige Länder die Mietpreisbremse künftig gar nicht mehr umsetzen“, warnte Dedy.

Die Mietpreisbremse regelt, dass die Miete bei der Neu- und Wiedervermietung von Wohnungen die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens zehn Prozent übersteigen darf. Das gilt aber nicht für Neubauten und zudem nur in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten. Diese Gebiete müssen von den jeweiligen Landesregie-

rungen festgelegt werden. Die Regelung wäre ohne Verlängerung Ende 2025 auslaufen. Nun sollen die Bundesländer bis Ende 2028 und damit drei Jahre länger die Möglichkeit haben, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten eine Preisbremse bei Neu- und Wiedervermietungen zu verhängen. Laut Städtetag haben die Länder bislang für 410 Städte und Gemeinden festgestellt, dass dort Wohnraum knapp ist und damit die Voraussetzung für eine Mietpreisbremse vorliegt.

Grüne Jugend mit neuem Vorstand

LEIPZIG (dpa). Neuer Vorstand, Ampel-Kritik, Debatten zum thematischen Kurs: Die Grüne Jugend hat bei ihrem Bundeskongress am Wochenende in Leipzig personelle und inhaltliche Weichen für ihre Zukunft gestellt. Nach dem Rückzug des alten Vorstands stand die Wahl eines neuen Führungsduos im Fokus: Die Teilnehmer des Kongresses wählten die 25 Jahre alte Jette Nietzard und den 24-jährigen Jakob Blasel zu ihren neuen Vorsitzenden. Inhaltlich konzentrierten sich die Forderungen und Debatten auf die Themen Klimaschutz, Asylpolitik und soziale Gerechtigkeit. Es gab scharfe Kritik an der Ampel-Koalition und den Grünen – aber auch über die eigene Ausrichtung war man sich nicht immer einig. Mit der Wahl von Jakob Blasel führt nun eines der bekannteren Gesichter der Klimabewegung Fridays for Future die Grüne Jugend an. Der Student der Rechts- und Umweltwissenschaften kritisierte, es könne nicht sein, dass die Bundesregierung bei einer sozialen und ambitionierten Wärmewende oder einer günstigen und guten Bahn versage.

Mehr als 306.000 Kitaplätze fehlen

BERLIN (dpa). Einer Studie zufolge fehlen in Deutschland in diesem Jahr rund 306.000 Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren. Damit sei der Bedarf von 13,6 Prozent der Kinder in diesem Alter nicht abgedeckt, heißt es in einer aktuellen Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Demnach ist die Lücke zwar im Vergleich zum Vorjahr 2023 um 38.200 Plätze zurückgegangen. Insgesamt schreite der Ausbau von Betreuungspätzen in Deutschland aber „derzeit kaum voran“, heißt es in der Studie. Vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland gebe es hier wie schon in den Vorjahren ein großes Gefälle.

Ex-General wird neuer Präsident

JAKARTA (dpa). Mit dem Versprechen, die Wirtschaft und die militärische Stärke Indonesiens auszubauen, ist der umstrittene Ex-General Prabowo Subianto als neuer Präsident des südostasiatischen Landes vereidigt worden. In seiner Antrittsrede betonte der 73-Jährige die Bedeutung der nationalen Einheit. „Wir werden nicht nur jenen dienen, die uns gewählt haben, sondern auch jenen, die uns nicht gewählt haben“, sagte er. Erwartet wird, dass es unter Prabos Regierung unter anderem hohe Investitionen im Bereich Verteidigung geben wird.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Übernimmt die „Brombeer-Koalition“?

CDU und SPD machen in Thüringen den Weg frei für Gespräche mit dem BSW / Friedenspolitik und Raketenstationierung als Knackpunkt

Von Simone Rothe

ERFURT. Sieben Wochen nach der Landtagswahl in Thüringen sind die Chancen gestiegen, dass es zu Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, BSW und SPD kommt. Thüringens Sozialdemokraten gaben am Samstag wie zuvor die CDU den Weg für eine mögliche Brombeer-Koalition frei. Zudem beschlossen sie eine Mitgliederbefragung, wenn ein Koalitionsvertrag vorliegt, wie SPD-Chef Georg Maier nach einer Vorstandssitzung in Erfurt sagte.

BSW verlangt klare Aussagen in der Präambel

Das BSW ist nach Angaben von Landeschefin Katja Wolf ebenfalls zu Koalitionsverhandlungen bereit – vorausgesetzt, es kommt zuvor zu einer Einigung mit den beiden anderen Partnern zu den bisher strittigen friedenspolitischen Forderungen der Wagenknecht-Partei. Sie sollen in die Präambel eines möglichen Koalitionsvertrags aufgenommen werden. Gespräche sind noch in der ersten Wochenhälfte geplant.

„Es ist ein starkes Signal, dass sich mit der Zustimmung von CDU, BSW und SPD zu den Sondierungsergebnissen alle drei Partner auf den Weg zu einer Regierung machen“, sagte CDU-Chef Mario Voigt am Sonntag in Erfurt. Die drei Parteien würden sich hinter gemeinsamen Thüringer Projekten versammeln, die Veränderungen in der Politik und Verbesserungen für die Bürger



Der Thüringer SPD-Chef Georg Maier begrüßt, dass es zu Koalitionsverhandlungen mit CDU und dem BSW kommt, zeigt sich allerdings über die Einmischung der Parteigründerin Sahra Wagenknecht irritiert: „Es geht um Thüringen, verdammt noch mal!“ Foto: dpa

bringen sollen. „Das ist ermutigend.“ Das sollte auch der Geist der Präambel sein, über die in dieser Woche gesprochen werde. „Dass darin auch Frieden eine Rolle spielt, war ja bereits verabredet“, sagte Voigt.

SPD-Chef Maier äußerte sich ebenfalls zuversichtlich, dass auch zur Friedenspolitik ein Kompromiss gefunden wird. Er sei beauftragt, die Verhandlungen für die SPD zu führen. „Ich glaube an einen Kompromiss.

Das wird nicht einfach werden. Aber wir müssen nach vorn schauen.“ Es habe bereits in den Sondierungsverhandlungen schwierige Momente gegeben, „wir haben aber immer wieder Lösungen gefunden“. Die Stationierung von US-Raketen, gegen die das BSW ist, sei nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag in Thüringen ohnehin völkerrechtlich nicht möglich. Maier räumte ein, dass die BSW-Forderung überraschend gekommen sei, „weil wir et-

was anderes verabredet hatten“. Kritik übte der SPD-Chef an BSW-Bundeschefin Sahra Wagenknecht. „Ich finde Äußerungen von außerhalb nicht zielführend. Es geht um Thüringen, verdammt noch mal!“ Dem Thüringer BSW mit seiner Landesvorsitzenden Katja Wolf bescheinigte er, zielführend und pragmatisch zu agieren.

BSW-Bundeschefin Sahra Wagenknecht sagte im ARD-„Bericht aus Berlin“ auf eine

Frage nach der Präambel: „Niemand plant, Mittelstreckenraketen in Thüringen zu stationieren.“ Es gehe um „die Mittelstreckenraketen, die in Wiesbaden stationiert werden“.

Wagenknecht forderte zudem Abgrenzung zum Kurs von CDU-Chef Friedrich Merz in der Ukraine-Politik: „Nach der entzweienden Rede von Friedrich Merz diese Woche im Bundestag, in der er faktisch einen Kriegseintritt Deutschlands

gegen Russland gefordert hat, können wir mit seiner Partei nur in Koalitionen eintreten, wenn die Landesregierung sich von solchen Positionen klar abgrenzt“, sagte sie dem „Spiegel“. Merz hatte eine Ansage an Kremlchef Wladimir Putin gefordert, dass die Reichweitenbegrenzung für an die Ukraine gelieferte Waffen aufgehoben werde, wenn er Angriffe gegen die zivile ukrainische Infrastruktur nicht einstellt.

Katja Wolf: Wir wollen mitregieren

BSW-Chefin Wolf äußerte sich ebenfalls kompromissbereit bei einer Verständigung mit CDU und SPD zu den friedenspolitischen Forderungen ihrer Partei. „Die Präambel ist wichtig – aber es geht nicht ohne Kompromisse. Es ist wie eine saure Zitrone, in die jeder von uns beißen und ungefähr denselben Schmerz empfinden wird“, sagte Wolf „Zeit online“.

Die Landes- und Fraktionsvorsitzende des BSW machte erneut deutlich, dass ihre Partei in Thüringen mitregieren will. „Es gibt in Thüringen keine Alternative zu einer stabilen Landesregierung.“

Die Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag sind nach der Wahl Anfang September kompliziert. Das mögliche neue Regierungsbündnis, das die rot-rot-grüne Regierung von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ablösen will, hat keine Mehrheit im Landtag. Es verfügt über 44 von 88 Sitzen. Das Patt kann nur mit mindestens einer Stimme der Opposition aufgelöst werden.

Meloni setzt weiter auf Albanien-Lager

Italiens Ministerpräsidentin bleibt trotz Niederlage vor Gericht bei harter Linie gegen Mittelmeer-Flüchtlinge

Von Christoph Sator

ROM. Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni will trotz einer schweren Niederlage vor Gericht ihre Pläne zur Unterbringung von Mittelmeer-Flüchtlingen außerhalb der EU durchziehen. Die rechte Regierungschefin stellte klar, dass die beiden kürzlich eröffneten Lager in Albanien in Betrieb bleiben. Zugleich sprach sie der Justiz das Recht ab, darüber zu entscheiden, aus welchen Ländern Migranten dorthin verfrachtet werden. Ein Gericht in Rom hatte verfügt, dass eine erste Gruppe von zwölf Männern weiter nach Italien darf.

Urteil über Asylanträge außerhalb der EU

Italien ist der erste Staat der Europäischen Union, der über Asylanträge außerhalb der EU urteilen will. Das umstrittene Vorhaben wird von allen anderen EU-Ländern aufmerksam verfolgt. Insbesondere andere rechte Regierungen erwägen, sich das Meloni-Modell zum Vorbild zu nehmen. Bleibt es bei dem Beschluss des Gerichts in Rom, das sich auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs stützt, wäre das auch für sie ein schwerer Schlag.

Auf Anordnung des Gerichts wurden sieben Männer aus Bangladesch und fünf Ägypter mit einem Schiff der italienischen Küstenwache am Samstag aus dem Lager Shengjin über die Adria in die süditalienische Hafenstadt Bari gebracht. Über ihr Schicksal wird jetzt auf italienischem Boden entschieden. Das Gericht begründete seinen Beschluss damit, dass Ägypten und Bangladesch keine sicheren Herkunftsländer seien.



Ein Schiff der italienischen Küstenwache verlässt den Hafen von Shengjin, Albanien, in Richtung Italien – an Bord sind Migranten, die in internationalen Gewässern abgefangen wurden. Foto: dpa

Damit stehen die neuen Lager in Albanien nach nur zwei Tagen wieder leer.

Melonis Rechtsregierung kündigte an, in Berufung zu gehen – notfalls bis vors höchste italienische Gericht. Zudem berief die Ministerpräsidentin ihr Kabinett für Montag zu einer Sondersitzung ein, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die Vorsitzende der Rechtspartei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) sagte: „Ich denke nicht, dass es an der Justiz ist, darüber zu entscheiden, welche Länder sicher sind, sondern Aufgabe der Regierung.“ Vermutlich wird jetzt ein neues Dekret erlassen, das Herkunftsländer neu definiert.

Wegen ihrer harten Linie im Umgang mit Flüchtlingen liegt die Regierung mit der Justiz ohnehin über Kreuz. Das wird nun noch heftiger. Justizminister Carlo Nordio sprach von einem „abnormalen Urteil“. Vize-Mi-

nisterpräsident Matteo Salvini drohen sogar bis zu sechs Jahre Haft, weil er in seiner Zeit als Innenminister ein Schiff mit Migranten in Not wochenlang am Einlaufen in einen Hafen hinderte. Das Urteil soll vor Weihnachten verkündet werden. Mehrfach warfen rechte Minister der Justiz vor, sich von der Linken instrumentalisiert zu lassen. Zum Beschluss des Gerichts in Rom meinte Salvini: „Wer trägt die Folgen, wenn einer der zwölf jemanden vergewaltigt?“ Auch bei einer Haftstrafe will der Chef der Rechtspartei Lega im Kabinett bleiben. In der Bevölkerung hat die rechte Regierung Umfragen zufolge für ihre harte Linie Rückhalt.

Richter Luciana Sangiovanni verteidigte ihren Beschluss. „Wir konnten gar nicht anders entscheiden“, sagte sie der Tageszeitung „La Stampa“. Grundlage dafür war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wo-

nach ein EU-Mitglied ein Herkunftsland nur dann als sicher einstufen darf, wenn die Bedingungen dafür in dessen gesamt Hoheitsgebiet erfüllt sind. Legt man diese Definition zugrunde, könnten in den Albanien-Lagern nur noch Migranten aus einigen wenigen Ländern aufgenommen werden.

Meloni kam mit dem Versprechen ins Amt, die hohe Zahl von Menschen, die jedes Jahr übers Mittelmeer nach Italien fliehen, deutlich zu senken. Tatsächlich sind die Zahlen erstmals deutlich niedriger: Seit Anfang Januar wurden 55.000 Neuankömmlinge registriert. Vor einem Jahr waren es bis Mitte Oktober noch mehr als 140.000. In den albanischen Lagern, die erst mit monatelanger Verzögerung in Betrieb gingen, sollen Anträge im Schnellverfahren geprüft werden: Wer Anspruch hat, darf weiter nach Italien. Alle anderen müssen zurück.

Mit neuen Köpfen aus der Krise

Linke wählt mit Ines Schwerdtner und Jan van Aken neue Führungsspitze / Hoffen auf den Neustart

HALLE (dpa). Die Journalistin Ines Schwerdtner und der frühere Bundestagsabgeordnete Jan van Aken sind neue Vorsitzende der Linken. Die neue Doppelspitze wurde bei einem Bundesparteitag in Halle mit großer Mehrheit gewählt. Die beiden folgen auf Martin Schirdewan und Janine Wissler, die sich nach einer Serie von Wahlschlägen zurückziehen.

Die Partei steckt nach der Abspaltung des Flügels um die frühere Fraktionschefin Sahra Wagenknecht in einer Existenzkrise. Bundesweit liegt die Linke in Umfragen bei nur drei bis vier Prozent. Erklärtes Ziel ist der Wiedereinzug in den Bundestag 2025. Van Aken und Schwerdtner kündigten nach ihrer Wahl an, mit Freiwilligen in den nächsten Wochen an Hunderttausenden Haustüren zu klingeln. Die Menschen sollten ihre konkreten Nöte und Wünsche schildern. Die Antworten würden systematisch ausgewertet, sagte van Aken. Danach werde die Linke über ihre beiden Fokusthemen für den Wahlkampf entscheiden, etwa Mietendeckelung oder Bürgerversicherung.

„Was es genau sein wird, werden wir in ein paar Wochen wissen“, sagte van Aken.

Bei seiner Vorstellung sagte van Aken, er wolle der Mehrheit im Land eine Stimme geben und sich mit den „unanständig Reichen“ anlegen. Die Linke solle wieder Hoffnung machen. Er erhielt 88 Prozent von 542 Stimmen. Ein weitgehend unbekannter Gegenkandidat, Emanuel Schaaf, bekam 19 Stimmen. Schwerdtner hatte für die weibliche Position in der Doppelspitze keine Gegenkandidatin. Sie erzielte 79,8 Prozent der Stimmen. In ihrer Bewerbungsrede sagte sie: „Wir sind das Gegenteil von Angst, wir sind die Hoffnung.“ Nötig seien für die Linke Klarheit, Fokus und Glaubwürdigkeit. Sie wünsche sich eine Linke, die auch eine Stimme des Ostens sei.

Während Schwerdtner eher leise auftrat, begeisterte van Aken den Parteitag mit dem Spruch: „Wir rocken die Republik und nächstes Jahr ziehen wir wieder mit großer Stärke in den Bundestag ein, und dann geht es richtig los.“



Ines Schwerdtner und Jan van Aken bilden die neue Führungsspitze der Linken. Foto: dpa

BULLE & BÄR



Die 20.000 Punkte scheinen zum Greifen nahe

Von Stefan Wolff
wirtschaft@vrm.de

An der Börse wohnt man sich in den besten aller Welten. Die Zinsen sinken, die Kurse steigen. Dax und Dow erklimmen neue Rekorde, und für den Deutschen Aktienindex scheinen dabei 20.000 Punkte zum Greifen nah zu sein. Dabei läuft es in der deutschen Wirtschaft alles andere als gut, doch die Lichtblicke mehren sich. So steigt die weltweite Bereitschaft bei Verbrauchern, sich einen Neuwagen anzuschaffen, was man natürlich in Wolfsburg, Stuttgart und München gern hört. Außerdem läuft die Bilanzsaison in den USA recht rund. Die Banken haben wie bestellt geliefert, auch in der Chipindustrie geht es trotz zwischenzeitlicher Dämpfer weiter aufwärts. Das Zauberwort „KI“ wirkt zuverlässig als Sesam-öffne-dich für weitere Kursgewinne. Lediglich aus China kommen auch weiterhin Misstöne. Die Wachstumskurve flacht weiter ab, und die Immobilienpreise befinden sich im freien Fall, was den Konsum zum Erliegen bringt und übrigens auch an Lieferanten nicht spurlos vorbeigeht. Japans Exportwirtschaft leidet unter schwindender Nachfrage. Dennoch stehen die Zeichen auf Besserung. Die Zinsen dürften im Euroraum im Dezember noch einmal sinken, was die Investitionstätigkeit der Unternehmen ankurbeln sollte. Außerdem wird damit gerechnet, dass steigende Löhne und Gehälter ein gutes Mittel gegen die Konsumflaute darstellen. In allem Pessimismus, der derzeit vorgetragen wird, schwingt also auch eine gewisse Aufbruchstimmung mit. Dabei ist die schwierigste Übung, herauszufinden, welche Werte wahr sind und welche zinsgetrieben.

Der Autor ist Rundfunk- und Fernsehkorrespondent am Finanzplatz Frankfurt und beleuchtet für diese Zeitung zum Wochenbeginn das Geschehen auf dem Börsenparkett.



Bei manchen Rentnern spielt auch Geld eine Rolle, warum sie weiter arbeiten gehen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, handelt es sich hierbei um eine Minderheit. Foto: dpa

Es geht nicht immer ums Geld

Viele Rentner arbeiten weiter – mit 75 ist aber meist Schluss

Von Christian Ebner

WIESBADEN. In Deutschland arbeiten viele ältere Menschen weiter, obwohl sie längst eine Altersrente beziehen. In der Gruppe der jüngeren Rentner zwischen 65 und 74 Jahren sind es 13 Prozent, wie das Statistische Bundesamt auf der Grundlage des aktuellen Mikrozensus aus dem vergangenen Jahr berichtet. Nur eine Minderheit von 33 Prozent nennt dabei finanzielle Gründe als Motiv. Fast genau so viele (29 Prozent) nennen die „Freude an der Arbeit“ als Hauptgrund. 11 Prozent finden den Job lukrativ oder wollen nicht aufhören, weil der Partner oder die Partnerin ebenfalls berufstätig ist. Die soziale Integration unter Kollegen ist demnach für 9 Prozent der Befragten ausschlaggebend. Ähnliche Ergebnisse hat eine Beschäftigtenbefragung des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) mit 5000 Teilnehmern erbracht. Danach kann sich sogar ein gutes Drittel (36 Prozent) der abhängig Beschäftigten vorstellen, nach dem Renteneintritt weiterzuarbeiten. Besonders hoch ist die Zustimmung, wenn die Menschen in ihrem derzeitigen Job zufrieden sind und das Gefühl haben, eine wichtige Arbeit zu erledigen. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung waren zum Jahresende 2022 rund 1,35 Millionen der 18,6 Millionen Rentner und Rentnerinnen erwerbstätig. Mehr als zwei Drittel gingen einer geringfügigen Beschäftigung nach, ergänzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Zumeist handelt es sich um jüngere Rentner, denn ab 75 Jahren sinkt die Beschäftigtenquote deutlich auf 2 Prozent. In dieser Altersgruppe ist nur noch jeder 50. beruflich aktiv.

Verbesserte Rahmenbedingungen

Nicht zuletzt im Zeichen des Fachkräftemangels hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung im Alter verbessert. Seit 2023 können Altersrentner unbegrenzt hinzuverdienen, ohne dass ihre Rente gemindert würde. Allerdings müssen Rente und Arbeitslohn wie andere Einkommensarten gemeinsam versteuert werden. Die Rentenversicherung bietet den Betroffenen mit der sogenannten Flex-Rente allerhand Möglichkeiten, den Renteneintritt aufzuschieben oder sich die Rente zunächst nur teilweise auszahlen zu lassen. Die Ampel-Regierung hat zudem Pläne für eine neue Prämie auf den Weg gebracht: Wer mindestens ein Jahr länger arbeitet, soll ab 2025 eine zusätzliche „Rentenaufschubprämie“ bekommen. Das entsprechende Gesetz ist aber noch nicht beschlossen.

Mehr Männer als Frauen im hohen Alter erwerbstätig

Laut Mikrozensus gehen Männer im Alter zwischen 65 und 74 Jahren mit einem Anteil von 16 Prozent häufiger einem Job nach als die Frauen, von denen jede zehnte erwerbstätig ist. Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen arbeiten mit einem Anteil von 18 Prozent häufiger länger als solche mit niedrigem (11 Prozent) oder mittlerem Bildungsniveau (12 Prozent). Umstritten sind die Motive für Erwerbsarbeit im Alter. Politiker der Linken wie auch des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) betonen die blanke ökonomische Notwendigkeit für die Betroffenen angesichts niedriger Durchschnittsrenten selbst nach 45 Beschäftigungsjahren. Mehr als eine Million Langzeitbeschäftigter müsse in Deutschland mit einer Rente von höchstens 1200 Euro im Monat auskommen. In der IAB-Studie nannten hingegen nur 43 Prozent der „Silver Worker“ ihre finanzielle Situation als Grund für ihre Tätigkeit. Bei möglichen Mehrfachnennungen fanden die Motive Spaß bei der Arbeit, weiter eine Aufgabe zu haben und Kontakt zu anderen Menschen weit höhere Zustimmung oberhalb von 90 Prozent. Doch längst nicht jeder Job kann bis ins hohe Alter erlernt werden, warnen etwa die Gewerkschaften. Nach einem langen Arbeitsleben seien die Beschäftigten auch oftmals gesundheitlich beeinträchtigt. Tatsächlich nennen beim IAB zwei von drei nicht mehr berufstätigen Befragten aus dem untersten Einkommensviertel gesundheitliche Gründe als Hinderungsgrund. Noch wichtiger ist bei ihnen nur noch die Auffassung, im Leben bereits genug gearbeitet zu haben.

„Wahlsieg von Harris besser für Wirtschaft“

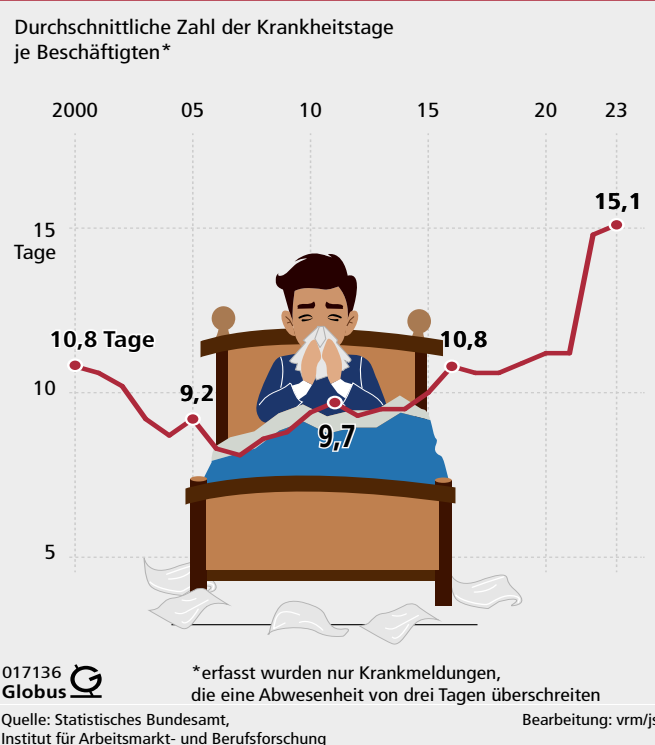
MANNHEIM (dpa). Ein Sieg von Kamala Harris bei der US-Präsidentenwahl im November wäre vielen Experten zufolge besser für die deutsche Wirtschaft. Eine Mehrheit erwartet unter der 60-Jährigen ein moderates Wirtschaftswachstum hierzulande. Die Erwartungen an eine neuerliche Präsidentschaft von Donald Trump sind hingegen weniger optimistisch. Das zeigt eine aktuelle Analyse, für die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim die Einschätzungen von 189 Finanzmarktexperten ausgewertet hat. Ein Beispiel: Unter einer US-Präsidentin Harris erwarten 45 Prozent der Analysten für 2025 ein stärkeres Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – also des Gesamtwerts aller hierzulande produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen. Im Gegensatz dazu rechnen nur sieben Prozent der Befragten damit, dass eine Trump-Präsidentschaft besser für das deutsche BIP sei. Der Rest erwartete keinen Unterschied. In diesen Teil der Studie flossen die Antworten von 101 Experten ein, die eine Prognose für alle Jahre der Amtsperiode von 2025 bis 2028 abgegeben haben.

„Fliegen soll günstiger werden“

BERLIN (dpa). Die Luftfahrtbranche fordert von der Politik Maßnahmen, die das Fliegen wieder günstiger machen. „Fliegen muss bezahlbar bleiben“, sagte Jens Bischof, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL), der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Die Luftverkehrsteuer muss abgeschafft werden, Schweden macht das gerade vor.“ Dies hatte zuvor auch schon Ryanair-Chef Eddie Wilson gefordert. Ryanair zieht sich wie auch einige andere Airlines von deutschen Flughäfen zunehmend zurück – nach eigenen Angaben wegen zu hoher Kosten. Im Kern geht es um die zum 1. Mai um 25 Prozent erhöhte Luftverkehrssteuer (15,53 bis 70,83 Euro je nach Entfernung), die Flugsicherungsgebühren und die Luftsicherheitsgebühr, die für die Kontrolle der Passagiere und ihres Handgepäckes am Flughafen erhoben wird.

GRAFIK DES TAGES

KRANKENSTAND IN DEUTSCHLAND



Sparen für Kinder: Welche Idee lohnt sich?

Zur Geburt legen viele Eltern Geld zurück – doch nicht jede Anlage eignet sich, um damit später alle Wünsche erfüllen zu können

Von Max Geissler

Kaum kündigt sich Nachwuchs an, beginnen die werdenden Eltern auch ein Finanzpolster für die Zukunft aufzubauen. Schließlich kostet der Sprössling bis zur Eigenständigkeit viel Geld. Doch welche Geldanlage eignet sich?

Anlagekriterien: Um die passende Sparform zu finden, muss man zunächst seine Anlagepräferenzen festlegen. Auf welches Ziel hin soll gespart werden, für laufende Anschaffungen oder für den Sprung ins eigene Leben? Soll das Geld fest angelegt oder flexibel verfügbar sein? Wie viel Risiko möchte man eingehen? Möchte man einmalig Geld anlegen oder in Raten sparen? Wie lange soll das Geld angelegt sein?

Ferner ist wichtig, auf wessen Namen die Geldanlage läuft. Ist das Kind der Eigentümer, gehört das angesparte Vermögen allein ihm. Die Eltern dürfen zwar darüber verfügen, es aber nicht für eigene Zwecke ausgeben. Ab dem 18. Lebensjahr ist das Kind

dann verfügungsberechtigt. Lläuft die Anlage auf den Namen der Eltern, können diese frei über das Geld verfügen. Allerdings zählen die Ersparnisse dann zum Elternvermögen, was den Spielraum beim Steuerpauschbetrag von 1000 Euro pro Person und Jahr einengt.

Sparen für die Einschulung: Werden Geldgeschenke zur Geburt nicht benötigt, kann man die Zuwendungen zunächst auf einem Festgeldkonto wachsen lassen. Zur Einschulung freut man sich dann über einen Zuschuss zur ersten Schulausstattung oder zur Einschulungsfeier. Attraktive Of-

WEITERE INFOS

► Weitere Infos zur Verbraucherfrage der Woche gibt es per E-Mail an ratgeber@biallo.de.

Abonnenten mit plus-Zugang erhalten die Langfassung zudem als PDF-Download auf unserer Homepage unter dem Menüpunkt **Wirtschaft -> Verbrauchertipps**.

erten kommen derzeit von der Fürstlich Castell'schen Bank aus Franken, die bei fünfjähriger Laufzeit 3,0 Prozent Zinsen zahlt. Topzinsen sind aktuell auch bei dreijähriger Laufzeit möglich, etwa bei der Klarna Bank mit 2,74 Prozent. Bei kurzer Anlagendauer bietet sich die CA Auto Bank mit 3,40 Prozent Zinsen an.

Sparen während der Schulzeit: Mit Schuleintritt wachsen die Ansprüche. Ob Smartphone, Mountainbike oder teure Spielebox – alle Eltern kennen die kostspieligen Wünsche ihrer Kinder. Um die Erwartungen nicht zu enttäuschen, empfiehlt es sich, mit Schulbeginn die Festgeldanlage in Tagesgeld umzuwandeln. Verzinstes Tagesgeldkonten können nicht ins Minus rutschen, das Guthaben ist jederzeit abrufbar. Zudem kann man frisches Geld, etwa zu Weihnachten oder den Lohn fürs Gassgehen mit dem Nachbargrund, auf das Konto einzahlen.



Da sich das Tagesgeldkonto für die gesamte Schulzeit als flexibles Anlagekonto anbietet, ist ein hoher Basiszins nach dem Ende der Topzins-Phase ratsam. Den höchsten Basiszins bietet das Liechtensteinische Investmenthaus willBe mit 3,30 Prozent für alle Kunden bis zu einem Betrag von 50.000 Euro.

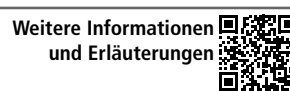
Sparen bis Ausbildungsbeginn: Nach Schuleintritt erwirbt der Einstieg in die Berufsausbildung oder das Studium oft größere Investitionsspielräume – alle Eltern kennen die kostspieligen Wünsche ihrer Kinder. Um die Erwartungen nicht zu enttäuschen, empfiehlt es sich, mit Schulbeginn die Festgeldanlage in Tagesgeld umzuwandeln. Verzinstes Tagesgeldkonten können nicht ins Minus rutschen, das Guthaben ist jederzeit abrufbar. Zudem kann man frisches Geld, etwa zu Weihnachten oder den Lohn fürs Gassgehen mit dem Nachbargrund, auf das Konto einzahlen.

Einmalanlage: Als Grundlage für die Einmalanlage könnten Geldgeschenke zur Einschulung, Erstkommunion oder zur Jugendweihe dienen. Ab zehn Jah-

ren Laufzeit ist eine Einmalzahlung in international ausgerichtete Aktienfonds und ETFs eine gute Wahl. Die Verbraucherzentralen empfehlen kostengünstige ETFs, etwa auf den MSCI World Index. Zur Verwahrung der ETF-Anteile bieten sich kostenfreie Juniordepots an, wie sie Consorsbank, ING, DKB und S-Broker anbieten.

Sparplan: Mochten Großeltern oder Paten monatlich einen Betrag spenden, so ist ein Sparplan die erste Wahl. Zum Ratensparen empfehlen sich breit investierende Aktienfonds und ETFs. Tipp: Kostengünstige Indexfonds können den Ertrag steigern.

Ungeeignete Kinderanlagen: Auch Versicherungen offerieren Sparpolice für Kinder. Laut Verbraucherzentrale NRW zeigt aber die Beratungspraxis, dass Ausbildungsversicherungen, Kinderpolice und Kindervorsorge meist völlig am Bedarf von Schülern und Jugendlichen vorbei verkauft werden. Auch Gold ist für Kinderwünsche keine sinnvolle Geldanlage.



Friedenspreis für Historikerin Applebaum

FRANKFURT (epd). Die US-amerikanisch-polnische Historikerin und Publizistin Anne Applebaum (60) ist mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden.

In der Begründung der Verleihung des Friedenspreises lobte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels Applebaum als eine der wichtigsten Analytikerinnen autokratischer Herrschaftssysteme. Sie gelte als Expertin der osteuropäischen Geschichte und habe schon früh vor einer möglichen gewaltvollen Expansionspolitik des russischen Präsidenten Putin gewarnt. Das Werk der Historikerin sei ein wichtiger Beitrag für die Bewahrung von Demokratie und Frieden. „Anne Applebaum hilft der Welt, zu verstehen, wie sie ist: gespalten mit einer sinken Zahl an Demokratien und einer wachsenden Zahl von Autokratien, so Karin Schmidt-Friedrichs, Vorsteherin des Börsenvereins.

Applebaum wurde 1964 in Washington D.C. als Kind jüdischer Eltern geboren. Sie studierte Russische Geschichte und Literatur an der Yale University sowie Internationale Beziehungen in London und Oxford. Für ihre Bücher „Der Gulag“ (2003), „Der Eisener Vorhang“ (2012), „Roter Hunger“ (2019) und die „Die Verlockung des Autoritären“ (2021) wurde sie ausgezeichnet. Unter anderem erhielt sie 2004 den Pulitzer-Preis. Applebaum lebt seit 30 Jahren mit Unterbrechungen in Polen, verheiratet ist sie mit dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski.



Gilt als wichtige Analytikerin autokratischer Herrschaftssysteme: Anne Applebaum. Foto: dpa

Frau attackiert Mitreisende

OFFENBURG (dpa). In einem Regionalzug im Ortenaukreis hat eine Frau zwei andere Reisende angegriffen und mit einem scharfen Gegenstand leicht verletzt. Zunächst bei einem Streit zwischen der laut Polizei offenbar verwirrten Frau und einer anderen Reisenden habe die erste ein Messer oder einen ähnlichen Gegenstand aus der Jacke gezogen und auf die andere eingestochen. Diese sei am Bein verletzt worden. Die Täterin habe dann bei der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof Offenburg eine weitere Frau angerempelt und mit dem scharfen Gegenstand am Arm verletzt, bevor sie geflüchtet sei.

„Aura“ ist das Jugendwort 2024

FRANKFURT (dpa). „Aura“ ist das „Jugendwort des Jahres“ 2024. Laut Langenscheidt-Verlag wurde das Siegerwort unter den drei Top-Begriffen bei einer Abstimmung ermittelt. Es bezeichnet eine besondere Ausstrahlung und das Charisma einer Person. „Aura“ landete knapp vor „Talahon“ – einer Bezeichnung für junge Männer in gefälschten Luxusklamotten. Rang drei belegt „Schere“. In der Jugendsprache meint „Schere“, dass man einen Fehler eingesteht oder Schuld auf sich nimmt.

Verkehrsregeln für den Weltraum?

Immer mehr Satelliten werden ins All geschossen / Europäische Raumfahrtagentur sieht steigendes Risiko für Zusammenstöße – mit Folgen

Von Johannes Neudecker

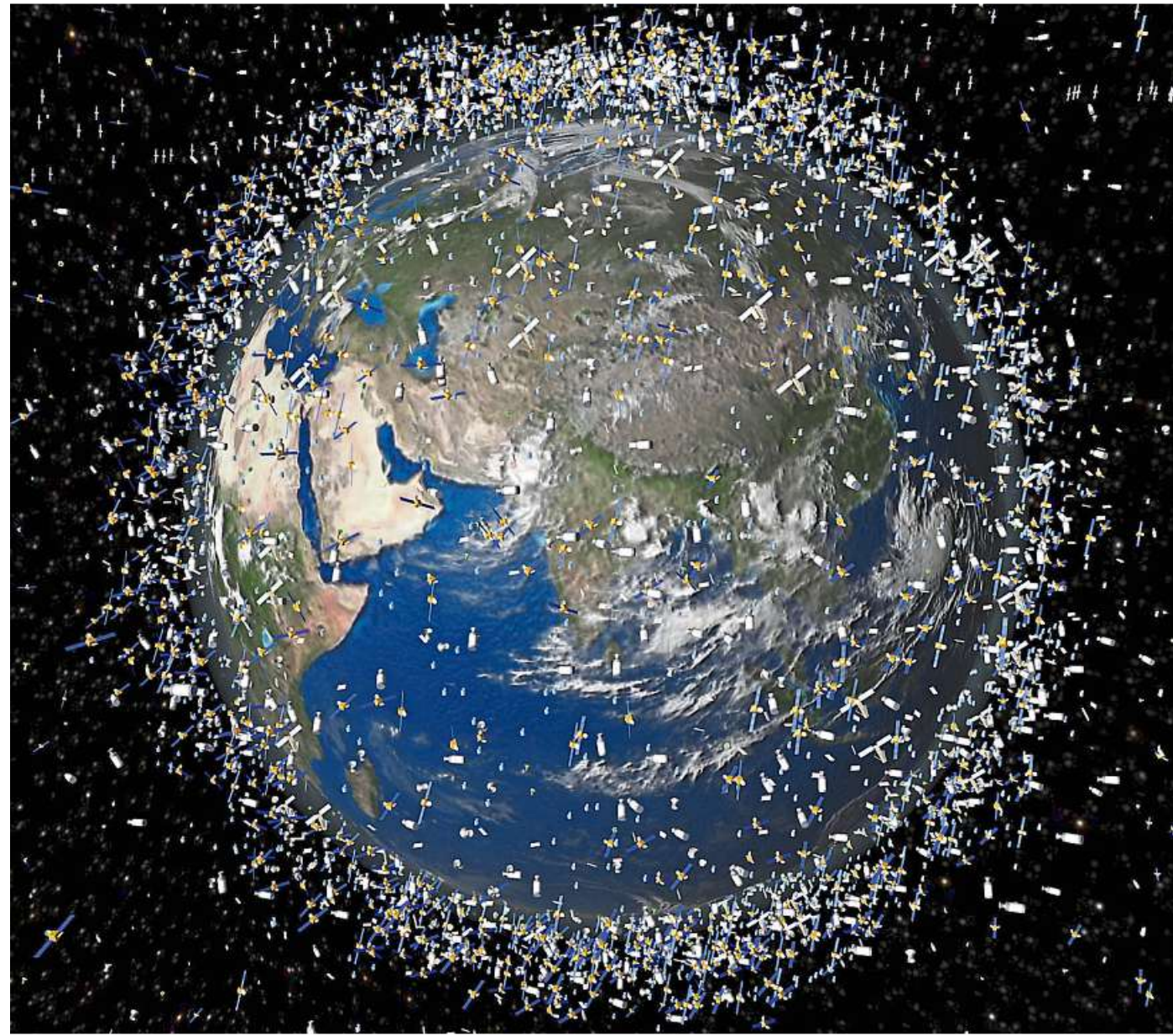
PEKING. „Tausend Segel“ („Qianfan“) heißt ein neues Weltraum-Projekt Chinas: Es soll künftig ein Netz aus Tausenden Satelliten umfassen, das regional Internetzugänge bietet. Anfang August schoss die Volksrepublik die ersten 18 Satelliten ins All, noch in diesem Jahr sollen weitere 108 folgen. Dort, in einer relativ niedrigen Höhe, tummeln sich schon die 6000 Starlink-Satelliten, mit dem SpaceX-Chef Elon Musk weltweit Zugänge zum Internet schaffen will. Insgesamt sollen es davon mal mehr als 34.000 werden.

Auch China will sein Netz etappenweise vergrößern – bis 2030 sieht der Plan vor, ungefähr 15.000 Satelliten um die Erde kreisen zu lassen. „Qianfan“ ist nicht Chinas einziges Satelliten-Projekt im All. Die Konstellation „GW“ ist mit etwa 13.000 Satelliten geplant. Ein weiteres Projekt, Honghu-3, soll ungefähr 10.000 Satelliten umfassen. Auch in anderen Ländern stehen große Internet-Projekte mit Tausenden Satelliten kurz vor dem Start, etwa Kuiper von Amazon.

Natürlich sind die Dimensionen im Weltall enorm. Doch angesichts der vielen Pläne für Satelliten-Netzwerke ist die Frage: Wie viel Platz ist im niederen Orbit – also in einer Höhe von etwa 200 bis 2000 Kilometern – überhaupt und kommen sich die Satelliten da nicht in die Quere? Musk rechnete Ende 2021 im Interview der „Financial Times“ vor, dass „Milliarden von Satelliten“ Platz hätten. Jede Schicht, also Höhe, habe eine größere Fläche als die Erde selbst. „Ein paar Tausend Satelliten sind nichts“, meinte er.

Nasa besorgt über Trümmerteile

Die europäische Raumfahrtagentur Esa blickt kritischer auf die Frage. Ihr zufolge befinden sich etwa 13.230 Satelliten im Erdbereich, rund 10.200 von ihnen seien noch im Einsatz. Mit der zunehmenden Zahl von Satelliten-Konstellationen steige das Risiko für Zusammenstöße, die



Das computergenerierte Bild zeigt Müll früherer Weltraummissionen, der neben intakten Satelliten um die Erde kreist.

Foto:ESA/dpa

in Kettenreaktionen immense Schäden verursachen könnten, meint Esa-Chef Josef Aschbacher. Er spricht sich für ein global geltendes Weltraum-Verkehrsgesetz aus, um eindeutig zu klären, wer in brenzligen Situationen ausweichen muss. Die Esa selbst will auch mit Hinblick auf die steigende Satellitenzahl bis 2030 das Entstehen von Weltraummüll drastisch begrenzen. Jeder Satellit, der dann ins All geschickt wird, soll am Ende der Laufzeit wieder aus dem Orbit entfernt werden, wie Aschbacher sagt. Im September ließ die Esa einen ihrer Satelliten ge-

zielt in der Atmosphäre verglühen.

Wie verheerend sich Trümmerteile auswirken können, zeigte Chinas Abschuss eines Wettersatelliten im Jahr 2007. Schätzungen zufolge entstanden dabei mehr als 40.000 Trümmerteile von mehr als einem Zentimeter Durchmesser – jedes zweite Kollisionsvermeidungsmanöver der Esa-Satelliten geht seither auf solche Stücke zurück.

Die US-Raumfahrtbehörde Nasa, die knapp 2000 Satelliten im All hat, ist ebenfalls besorgt über die zunehmende Anzahl von Sa-

telliten und Trümmern im All und arbeitet eigenen Angaben zufolge an „Säuberungsplänen“.

Lambert Liu, ein Branchenkenner und Raumfahrtexperte aus China, hält das Risiko für einen Zusammenstoß von Satelliten hingegen für gering. Der Chinese verweist auf das UN-Büro für Weltraumfragen. Jedes Land müsse dort Daten zu Satellitenstarts melden, auch um Zusammenstößen vorzubeugen.

„Niemand will, dass so etwas passiert, deshalb prüfen wir im System der Vereinten Nationen, welche Satelliten sich vor dem Start am Himmel befinden“,

sagt er. Außerdem stünden die Flugkörper im Kontakt mit dem Boden. Sollte ein Satellit zu hoch oder niedrig fliegen, müsse man zur Vermeidung eines Crashes nachjustieren.

Wettlauf im All hat Priorität für China

Einige Experten sehen die Platzfrage kritischer. In der niedrigen Erdumlaufbahn sei nicht genug Platz, um so viele Satelliten dort sicher zu platzieren – sollten dafür nicht genaue Regelungen vereinbart werden, argumentierten Miles Lifson und Ri-

chard Linares bereits 2022 in einem Meinungsbeitrag auf dem Onlineportal „Spacenews“. Feste Routen, auf denen Satelliten fliegen müssen, gibt es bislang nicht. Für China hat der Wettlauf im All auch deshalb Priorität. Im aktuellen Fünfjahresplan des von der Kommunistischen Partei regierten Landes ist die Entwicklung von verschiedenen Satelliten als Ziel veranschlagt. Dahinter stehe auch „die Knappheit von Satellitenfrequenzen und orbitalen Ressourcen“, die nach offiziellen Angaben, „durch das Prinzip ‚Wer zuerst kommt, mahlt zuerst‘“ vergeben werden.

Warum der Aufwand, wenn ein Zugang zum Internet auch auf der Erde erfolgen kann? Liu nennt Chinas nationale Sicherheit als Grund. Wer eine eigene Kommunikation im All aufbaue, könne verhindern, dass der Internetzugang von politischen Entscheidungen in anderen Ländern wie etwa den rivalisierenden USA abhängig ist. Außerdem hätten rund 40 Prozent der Menschen noch keinen Internetzugang, weshalb jetzt ein guter Zeitpunkt sei, eine technische Infrastruktur dafür aufzubauen, meint Liu. Doch dass China bald in anderen Teilen der Welt Internet über seine Satelliten anbieten könnte, sehen manche kritisch. Immerhin sperrt China kritische Webseiten wie die von ausländischen Medien für seine rund 1,4 Milliarden Einwohner.

Noch eine andere Gruppe sieht all die Satelliten kritisch: die Astronomen. Denn werden die Satelliten von der Sonne angestrahlt, erscheinen sie auf astronomischen Aufnahmen als Störstreifen. Seit zwei Jahren betreibt die Internationale Astronomische Union daher eine eigene Satelliten-Überwachung, mit deren Hilfe die Astronomen ihre Beobachtungen mit den Teleskopen planen können. Manche Astronomen hoffen nun auf die Unterstützung durch Künstliche Intelligenz. Wie das Magazin „Nature“ berichtete, ist KI in der Lage, die langen Störstreifen in den Fotos mit hoher Sicherheit zu erkennen und herauszuzurechnen.

Um viele Alleen steht es schlecht

Überalterung, höhere Hürden für Nachpflanzungen, Klimastress: Experten sorgen sich um die teils historischen Baumreihen

Von Andrea Löbbbecke

WIESBADEN. Alleen sind oft beeindruckende Naturdenkmäler und Landschaftsmarken. Sie prägen vor allem im Norden und Osten von Deutschland zahlreiche Straßen. Aber die teils historischen Baumreihen sind in Gefahr, warnen Experten. Der 20. Oktober ist als „Tag der Allee“ den Baumreihen gewidmet.

Zu den Hauptproblemen zählen Überalterung, höhere Hürden für Nachpflanzungen und Klimastress. „Die Alleen in Deutschland haben eine schlechte Altersstruktur“, sagt Jürgen Peters, Professor an der

Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde. Die meisten Alleen seien vor 100 Jahren oder teils davor gepflanzt worden. Für die Verkehrssicherheit müssen inzwischen manche Baumkronen stark geschnitten werden – die Wunden bieten ein Einfallstor für Pilze oder andere Schädlinge. „Wir müssten ganz dringend sehr viel mehr nachpflanzen, wenn wir das Ziel haben, den Alleenbestand zu erhalten“, sagt Peters.

Allerdings gibt es inzwischen für Bundes- und Landesstraßen die Vorgabe, dass neu gepflanzte Bäume einen Abstand von 4,50 Meter zur Fahrbahn haben.

Dazu müssten sie vielerorts auf privates Ackerland gesetzt werden. „Und die Landwirte sind oft nicht bereit, ihre Flächen herzugeben.“ In den 1990er Jahren hätten Straßenbauverwaltungen teils noch Land angekauft – dies sei wegen gestiegener Preise nicht mehr praktikabel, berichtet der Experte.

Wichtige Heimat für viele Kleintier- und Insektenarten

Peters fordert von den Bundesländern konkrete Konzepte. Als positive Beispiele nennt er Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – die Länder mit dem

dichtesten Alleenbestand. Auch Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen haben noch relativ viele Alleen. „Je weiter man nach Süden kommt, desto dünner wird es.“ „Man muss nicht immer am alten Standort festhalten, wenn der aus bestimmten Gründen nicht mehr gut funktioniert, etwa weil der Verkehrsdruck zu stark ist“, argumentiert der Experte. Großes Potenzial sieht er in kommunalen Straßen, die einer Studie zufolge zu 90 Prozent ohne Baum sind.

Auch Cornelia Behm von der Alleenschutzgemeinschaft spricht von einem zunehmenden Verlust. Sie erinnert daran,

dass Alleen wichtige Heimat für viele Kleintier- und Insektenarten seien. Über Alleen werden Biotop miteinander verbunden, sie tragen zur Luftreinhaltung bei. Muss denn eine Allee immer aus alten Standorten bestehen? In dieser Frage plädieren Behm und Peters für Offenheit. Zu den häufigsten Alleenbäumen zählt die Linde, gefolgt von Spitzahorn und Bergahorn sowie der Eiche.

In Nordhessen säumen beispielsweise 413 bis zu 250 Jahre alte Eichen eine Landesstraße durch den Reinhardswald. „Wir agieren im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Si-

cherheit auf der Fahrbahn“, erläutert Marco Lingemann vom Landesbetrieb Hessen Mobil. „Wir sind stolz auf das vererbte Kulturgut, aber es zu schützen ist auch eine Herausforderung.“ In einem festgelegten Turnus werden die Bäume per Sicht- und Klopfkontrolle überprüft.

Während Alleen heute von manchen als gefährliche Hindernisse bei einem Unfall angesehen werden, galten sie in früheren Zeiten eher als das Gegenteil: Die Baumreihen wurden Ende des 18. Jahrhunderts unter anderem gepflanzt, damit die Fuhrwerke nicht in den Gräben rutschen.

LEUTE HEUTE

Unverändert

James Blunt (50) muss seinen Namen nicht in Blunty McBlunt-face ändern. Die Neuauflage seines Hit-Albums „Back to Bedlam“ stieg auf Platz sieben der britischen Charts ein – und nicht auf eins, was Konsequenzen gehabt hätte. Denn für diesen Fall hätte Blunt gesprochen, seinen Namen in den Vorschlag zu ändern, der bei Social Media die meisten Likes bekommt. Gewonnen hatte „Blunty McBluntface“.



James Blunt

Ungeeignet

Star-Geiger David Garrett (44) hält sich ungeeignet für eine längere Auszeit – daher hat er großen Respekt vor Stefan Raab. „Ich könnte nicht ein einziges Jahr ruhig sitzen und nichts tun. Stefan Raab hat daher meinen größten Respekt, dass er fast zehn Jahre lang den Stecker gezogen hatte. Dass er einfach mal weg war. Das finde ich großartig.“ Er wünschte, dass er das selbst auch könne.



David Garrett

Unmöglich

Liedermacher Konstantin Wecker (77) ist als junger Mann eigenen Worten zufolge „ein ziemlich blöder Macho“ gewesen. „Zum Glück war meine Poesie immer sehr viel klüger als ich. Ich hatte dann später das Glück, großartige Frauen kennenzulernen, wie Petra Kelly oder Margarethe von Trotta, die mich geprägt haben“, sagte er. Er sei später dann „bekenntener Feminist“ geworden.



Konstantin Wecker Fotos: dpa



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

1907: EDEKA in Leipzig gegründet

Am 21. Oktober 1907 wird in Leipzig der „Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften“ gegründet. Rund einen Monat später rufen die beteiligten Lebensmittelhändler die „Zentraleinkaufsgenossenschaft des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften eGmbH“ ins Leben. 1911 wird die Genossenschaft in EDEKA umbenannt, abgeleitet von E. d. K - Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler. Die Geschäfte bieten neben den heimischen Nahrungsmitteln auch (damals) exotische Waren wie Kaffee, Tee, Reis, Kakao und Zigarren an. Heute ist EDEKA die umsatzstärkste deutsche Supermarktkette. Zum Unternehmensverbund gehören 3.500 selbstständige Kaufleute, sieben regionale Großhandelsbetriebe und die Edeka-Zentrale in Hamburg. Auch der Discounter Netto und die Spar-Märkte gehören zur EDEKA-Gruppe.

1969: Willy Brandt wird Bundeskanzler

Am 21. Oktober 1969 wird der SPD-Politiker Willy Brandt vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt. Mit seiner Ostpolitik entspannt er das Verhältnis zwischen Ost und West und ebnet so den Weg zur Deutschen Einheit. Nach der Agentenaffäre um Günter Guillaume tritt er 1974 zurück. Guillaume war Willy Brandts persönlicher Referent und wurde am 24. April 1974 als DDR-Spion enttarnt. Es war der größte Spionageskandal in der Geschichte der Bundesrepublik.

1985: Günter Wallraff stellt „Ganz unten“ vor

Am 21. Oktober 1985 stellt der investigative Journalist Günter Wallraff sein Buch „Ganz unten“ vor. Für die Recherche gab er sich als Türke aus und arbeitete bei Thyssen, McDonalds und auf dem Bau. Außerdem ließ er Medikamente an sich testen. In seinem Buch berichtet er von seinen Erfahrungen, über Ausländerfeindlichkeit und die Ausbeutung von Gastarbeitern in der Bundesrepublik. Der Titel steht ganze 22 Wochen auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste und erregt international Aufmerksamkeit. Günter Wallraff ist schon damals dafür bekannt, in andere Rollen zu schlüpfen, um Missstände aufzudecken. 1977 arbeitete er ein paar Monate bei der „BILD“-Redaktion in Hannover und

beschrieb deren fragwürdige Methoden im Buch „Der Aufmacher“.

1989: Helmut Kohl bestätigt Außengrenze

Am 21. Oktober 1989 bestätigt Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Gedenkstunde zum 40-jährigen Bestehen des Bundes der Vertriebenen erneut den Verzicht auf alle Gebietsansprüche. Die Grenzen der Bundesrepublik und Polens waren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges umstritten. Die Gebiete Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Hinterpommern einschließlich Stettin, die zuvor zum Deutschen Reiches gehörten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen übertragen. Mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag, der am 14. November 1990 unterzeichnet wurde, legen beide Staaten endgültig die bestehende Grenze, die sogenannte Oder-Neiße-Grenze, fest.

1989: Stasi erfasst Wunsch nach Wiedervereinigung

Am 21. Oktober 1989 wird in Plauen laut Stasi-Berichten erstmals der Wunsch nach der Wiedervereinigung protokolliert: Auf einem Demo-Banner wurden der erste und letzte Buchstabe von „DDR“ gestrichen, sodass nur das Autokennzeichen D für Deutschland übrig blieb. Zu diesem Zeitpunkt haben sich die Massenproteste für freie Wahlen, Meinungs- und Reisefreiheit von Leipzig ausgehend auf die ganze DDR ausgeweitet. Überall fordern die Menschen das Ende des SED-Regimes und einen politischen Wandel.

2016: Manfred Krug stirbt

Am 21. Oktober 2016 stirbt der Schauspieler Manfred Krug im Alter von 79 Jahren in Berlin. Berühmtheit erlangte er vor allem durch seine Rolle als Zimmermann im DEFA-Film „Spur der Steine“, der wegen „antisozialistischer Tendenzen“ aus dem Programm genommen wurde und lange Zeit verboten war. Als sich Krug an der Petition gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann beteiligte, wurde er beruflich isoliert. Rollenangebote blieben aus und seine Konzerte wurden ohne die Angabe von Gründen abgesagt. Daraufhin fasste er den Entschluss, die DDR zu verlassen und stellte einen Ausreiseantrag, der 1977 bewilligt wurde. Bis zu seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik im Juni 1977 war Manfred Krug einer der bedeutendsten Künstler der DDR.

Gefährliche Körperverletzung - Zeugenaufruf

SCHIFFERSTADT. Am Samstag, den 19.10.2024, kam es auf dem Bahnhofsvorplatz des Hauptbahnhofs in Schifferstadt zu Streitigkeiten zwischen einem Mann und einer Frau. Der 31-Jährige Geschädigte bemerkte die Streitigkeiten und wollte die Parteien trennen. Infolgedessen holte der unbekannte männliche Täter, welcher als etwa 25 Jahre alt mit dunklen gelockten Haaren und bekleidet mit einer schwarzen Jacke beschrieben wurde, einen Teleskopschlagstock hervor. Mit diesem schlug er zwei Mal auf den Geschädigten ein, welcher hierdurch leichte Ver-

letzungen davontrug. Die bislang unbekannt weibliche Begleitung, welche ihre blonde Haare zu einem Dutt gebunden hatte und einen blauen Jogginganzug der Marke Adidas getragen habe, sei im Anschluss mit der männlichen Person gemeinsam in den ankommenden Zug in Richtung Ludwigshafen eingestiegen und davongefahren. Zeugen, die Hinweise zum Sachverhalt geben können, werden gebeten, sich mit der PI Schifferstadt unter 06235 / 4950 oder per Mail an pischifferstadt@polizei.rlp.de in Verbindung zu setzen.

Quelle: Polizei-Pressestelle

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Ein erstes Mal hat es für jeden im Leben gegeben. Sei es im Beruf, in der Freizeit oder bei einer einmaligen Gelegenheit. Wie es ist, dieses erste Mal, das in Erinnerung bleibt, und wohin es bisher geführt hat, erzählen Schifferstadter in ihrer persönlichen Geschichte. Heute: Fußballliebe hilft Luis Giertzsch bei der Berufsfindung.

Abi – und dann? Darüber machte sich Luis Giertzsch (18) ziemlich viele Gedanken. Mit 17 legte er seine Reifeprüfung am G8-Gymnasium in Haßloch ab. Zum Studium fühlte er sich danach noch zu jung. Vor allem: Welche Studienrichtung sollte es sein?



Lust auf Fußball hatte ich immer.

Luis Giertzsch

Die Idee seiner Mutter Sandra und das Glück spielten dem jungen Schifferstadter in die Karten. Seit 1. September hat er seine Aufgabe gefunden. Die dauert zunächst mal ein Jahr.

Zum ersten Mal seit Bestehen des DJK SV Phönix wurde ein Platz für einen FSJler geschaffen. Ein freiwilliges soziales Jahr eines jungen Menschen steckt dahinter. Peter Rutta, der stellvertretende Vorsitzende, war treibende Kraft. Perfekt für Giertzsch, denn dort spielt er Fußball, seit er drei Jahre alt ist.

„Lust auf Fußball hatte ich



Auf dem Areal gibt es eine Grünfläche, die noch ungenutzt ist und ich wurde nach einer Idee gefragt, wie man dort etwas im Bereich Breitensport anbieten kann.

Luis Giertzsch

immer“, erzählt er im Gespräch mit dem Tagblatt. Schon sein Vater Uwe hat bei Phönix gespielt. „Das ist örtlich und ich hab mich hier immer wohl gefühlt“, nennt Luis

„Sport ist meine Leidenschaft“

MEIN ERSTES MAL (38) Luis Giertzsch ist der erste FSJler bei Phönix



Luis Giertzsch absolviert seit dem 1. September ein Freiwilliges Soziales Jahr beim DJK-SV Phönix.

Foto: suk

Giertzsch die wesentlichen Punkte, die für ein FSJ bei seinem Heimatverein sprachen.



Das ist die Trendsportart im Moment. Mit Freunden habe ich im Sommer selbst ziemlich oft Beachvolleyball gespielt.

Luis Giertzsch

Zehn Minuten tritt er von zuhause aus in die Pedale, bis er auf dem Phönix-Gelände ist. Was er dort tut? Etlliches, ist

am Ende der Aufzählung festzustellen. Eine Sache nennt Giertzsch zuerst: „Auf dem Areal gibt es eine Grünfläche, die noch ungenutzt ist und ich wurde nach einer Idee gefragt, wie man dort etwas im Bereich Breitensport anbieten kann.“

Groß ins Grübeln kam Giertzsch nicht. Sein Blitzentwurf: Beachplatz. „Das ist die Trendsportart im Moment. Mit Freunden habe ich im Sommer selbst ziemlich oft Beachvolleyball gespielt“, berichtet der FSJler. Mehr Menschen in den Sportpark locken möchte Giertzsch durch das Angebot – ganz im Sinne der Phönix. Viel an dem Projekt gearbei-

tet hat der Rettichstadter in den zurückliegenden Wochen seit dem FSJ-Beginn, ein Konzept hat er entworfen und die Kosten zusammengestellt. Parallel dazu hat Giertzsch nach weiteren Einsatzstellen



Ich möchte auf jeden Fall Sport studieren.

Luis Giertzsch

gesucht. Gefunden hat er die in der Grundschule Nord bei Fußball-AGs und in Kindertagesstätten, wo er Bewegungsaufgaben für den Nachwuchs bereithält.

Eines hat Giertzsch schon für sich festgestellt: Als Lehrer an der Grundschule sieht er sich nicht. Die weiterführende Schule ist für ihn eher eine Option, denn soweit ist



Das alles gehört mit zum Vereinsleben.

Luis Giertzsch

er in seinen Planungen bereits fortgeschritten: „Ich möchte auf jeden Fall Sport studieren.“ Teil seines Lebens ist das Auspowern für den jungen Mann, der gerade im letzten Jahr in der A-Jugend spielt und dann in die Herrenmannschaft wechseln wird.

„Sport ist meine Leidenschaft“, untermauert Giertzsch und berichtet von einer Zeit, in der er noch Leistungsschwimmer und Turner war. Dass es beim FSJ zwischendurch auch um wesentlich trockenere Themen wie Verwaltungsratssitzungen oder Buchführung geht, ist nicht weiter tragisch für den Phönixler. „Das alles gehört



Zur Orientierung hilft ein FSJ sehr. Es bringt einem charakterlich weiter – und macht sich natürlich gut in der Vita.

Luis Giertzsch

mit zum Vereinsleben“, weiß er. Als Ausgleich dazu gibt es dann immer wieder neue Aufgaben wie die Unterstützung in der Ballschule für Kinder der Jahrgänge 2019/20. „Alle Jugendtrainer haben außerdem meine Handynummer, damit sie mich kontaktieren können, wenn Not am Mann ist“, ergänzt Giertzsch.

Schon nach kurzer Zeit kann er sagen: „Zur Orientierung hilft ein FSJ sehr. Es bringt einen charakterlich weiter – und macht sich natürlich auch in der Vita gut.“

Souveräner ist Giertzsch schon geworden im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen. Weiter eintauchen in die Materie kann er bei fachlichen Seminaren in Annweiler.

Neuigkeiten

ganz ohne
Papier.

Machen Sie es sich bequem und lesen Sie die Zeitung doch einfach auf dem Smartphone, dem Tablet oder auf dem Computer.

Das schon die Umwelt.

Es spart außerdem Platz, denn Sie können die Zeitung auch archivieren.

Speichern Sie sie einfach ab.

Lesen Sie wann und wo Sie wollen.

Jetzt E-Paper
abonnieren

info@schifferstadter-tagblatt.de



Politik
Weltgeschehen
Sport
Lokales



Die Lokalzeitung für Schifferstadt.
Seit 1905. Ganz modern.

Schifferstadter Tagblatt

Auch
Zeitungszusteller
werden krank . . .

... oder machen Urlaub dann muss eine Vertretung einspringen. So kann es schon einmal passieren, dass Ihre Zeitung im Briefkasten fehlt. Die Zeitungszustellerinnen und -zusteller bitten Sie hierfür herzlich um Verständnis.

Sollten Sie einmal keine Zeitung bekommen, rufen Sie einfach an, wir werden Ihnen dann die Zeitung schnellstmöglich nachliefern.

Telefon 92690

KURZ UND BÜNDIG

Treffen der Donnerstags-Radfahrer

SCHIFFERSTADT. Die Donnerstags-Radfahrer des Pfälzerwald-Verein treffen sich am 24.10.2024, um 10.30 Uhr am Schillerplatz, die Radtour geht voraussichtlich nach Iggelheim ins Restaurant Waldhaus Da Claudio. Anmeldung bei Dieter Schneider, Telefon 06235 5104.

United Praise – gemeinsam Gott loben

Überkonfessioneller Gottesdienst im Dom zu Speyer

SPEYER. Am Samstag, dem 9. November, findet ab 19 Uhr wieder „United Praise“ im Dom zu Speyer statt. Die überkonfessionelle Lobpreisveranstaltung wird die Kathedrale in außergewöhnliches Licht tauchen und den Dom mit moderner Lobpreismusik und Gebet füllen. Zwei Prediger, Samuel Tussing von der Gemeinschaft Chara (Gerbach) und Reinhard Rehberg von der Vineyard Gemeinde in Speyer, werden das Wort Gottes verkünden und mit dem Leben der Besucherinnen und Besucher verbinden. Außerdem gibt es die Möglichkeit zu seelsorglichem Gespräch, zu Segen, persönlichem Gebet und Beichte. Einlass ist ab 18 Uhr, die Veranstaltung kann jederzeit betreten oder verlassen werden. Voraussichtliches Ende ist gegen 22:15 Uhr.

„United Praise ist ein außergewöhnliches und konfessionsübergreifendes Angebot, um Gott näher zu kommen. Es ist ein geniales Gesamtkunstwerk aus Musik, Licht, Gebet und lebensnaher Predigt. Es entsteht immer eine unbeschreiblich dichte Atmosphäre mit Gänsehauteffekt“, so Franz Vogelgesang, Domkapitular und Regens am Priester- und Pastoralseminar Speyer.

United Praise ist eine Kooperationsveranstaltung des Bistums Speyer mit der evangelischen Kirche der Pfalz, der freikirchlichen Vineyard-Gemeinde aus Speyer und der charismatischen Gemeinschaft Chara aus Gerbach. Die Einheit der Christinnen und Christen über konfessionelle Grenzen hinweg wird konkret erlebbar und in diesem Gottesdienst gefeiert. Da es im Dom zur aktuellen Jahreszeit etwas kälter ist, wird zu entsprechender Kleidung geraten. Der Eintritt ist frei. Mehr dazu unter: www.unitedpraise.de

Sechs Leichtverletzte bei Verkehrsunfall

SPEYER (dpa/Irs). Bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Speyer sind sechs Menschen leicht verletzt worden. Ein 19-jähriger Autofahrer fuhr nach ersten Erkenntnissen mit überhöhter Geschwindigkeit in eine Ausfahrt der Bundesstraße 9, wie die Polizei mitteilte. Er sei in den Gegenverkehr geraten und dort mit einem anderen Auto kollidiert. Der mutmaßliche Verursacher sowie die fünf Insassen des anderen Autos wurden ins Krankenhaus gebracht. Beide Fahrzeuge mussten abgeschleppt werden. Den Sachschaden schätzte die Polizei auf rund 70.500 Euro. Den 19-jährigen mutmaßlichen Unfallverursacher erwartet nun ein Strafverfahren wegen Gefährdung des Straßenverkehrs. Mögliche Zeugen werden gebeten, sich zu melden.

„Die angebissene Frau“ in der Stadtbücherei

Mischung aus Texten und Musik am Donnerstag, 14. November in der Stadtbücherei

SCHIFFERSTADT. „Ich habe dich zum Fressen gern“ lautet das Motto am Donnerstag, 14. November in der Stadtbücherei, Rehbachstraße 2. Um 19:30 Uhr beginnt die Veranstaltung „Die angebissene Frau“ mit einer Mischung aus Texten und Musik.

Fünf Freunde treffen sich zu einem opulenten Mahl, man isst, trinkt, raucht, man plaudert, Paare finden sich... Wir begleiten die fünf bei ihrem Mahl, sind Zeugen ihres Genusses und erfahren von ihren Träumen und Vorlieben, von ihren kulinarischen, erotischen und kannibalischen Phantasien. Es ist, als könnten wir in die Köpfe dieser fünf Menschen sehen und nicht nur das miterleben, was sie tun, sondern auch woran sie dabei denken und wovon sie träumen – im Champagnerausbruch, der ihre Sinnlichkeit beflügelt.

In einer Collage aus eigenen Texten und Werken von Heine, Ringelwitz, Zola, Novalis, Benjamin, Busch, Günderrode, Shakespeare, Maupassant, Schiller und anderen, erzählen die Schauspielerinnen Barbara Bernt, der Gitarrist Jochen Schott und der Bassist Fritz Rau von einem aufregenden und ausschweifenden Diner. Angereicht und serviert werden die literarischen Genüsse mit Jazz-Musik, mit

Klassiker-Adaptionen, mit latein-amerikanischen und Swing-Rhythmen. Die Karten gibt es für zehn Euro ab sofort in der Stadtbücherei Schifferstadt, Rehbachstraße 2.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

vhs bietet Prüfungs-Lehrgang für Hauswirtschaft an

Infotermin am 4. November

RHEIN-PFALZ-KREIS/SCHIFFERSTADT. Wer im hauswirtschaftlichen Bereich arbeitet, aber nicht über eine entsprechende Ausbildung verfügt, kann mit Hilfe der Volkshochschule Rhein-Pfalz-Kreis einen entsprechenden Abschluss nachholen: Die vhs bietet ab 10. März 2025 einen Lehrgang an, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Hauswirtschaftler“ vorbereiten können. Voraussetzung ist, dass die Teilnehmenden im hauswirtschaftlichen Bereich arbeiten und zum Zeitpunkt der Prüfung über mindestens 4,5 Jahre Berufserfahrung verfügen. Bereits vorab bietet die vhs einen Infotermin zum Lehrgang am

Montag, 4. November, um 17.30 Uhr ins Bildungszentrum Schifferstadt, Neustückweg 2, an. Alle Interessierten sind hierzu herzlich eingeladen.

Mit dem Berufsabschluss können die Kursteilnehmer ihre Chance auf ein höheres Einkommen und auf einen beruflichen Aufstieg erhöhen. Der Unterricht, der auf die externe Abschlussprüfung als Hauswirtschaftler*in vorbereitet, findet montagsabends von 17.30 bis 21.30 Uhr in der Rudolf-Wihr-Realschule plus in Limburgerhof und teilweise im vhs-Bildungszentrum in Schifferstadt statt. Die Prüfung ist für Herbst/Winter 2026 vorgesehen. Die Inhalte richten sich nach der Neuordnung im Ausbildungsbe-

ruf Hauswirtschaftler*in, die zum 1. August 2020 in Kraft getreten ist.

Die Gebühr beträgt insgesamt 1870 Euro, Ratenzahlung und ggf. Förderung über das Förderprogramm Qualitätscheck sind möglich. Die Vorbereitung auf die Prüfung als Meister der Hauswirtschaft finden Interessierte ebenfalls im Programm der vhs. Der nächste Lehrgang startet im Herbst 2025.

Um eine formlose Anmeldung für den Infotermin unter E-Mail kvhs-geschaefststelle@vhs-rpk.de oder Tel.: 06235/6022 wird gebeten. Alle Informationen zum Lehrgang finden Interessierte unter www.vhs-rpk.de (Kursnummer J508061Z01).

Text: Kreisverwaltung

„Einigkeit und Recht und Freiheit“

In 45 Minuten durch den Vormärz und die Revolution von 1848/49 im Alten Rathaus, Marktplatz 1 am 5. November um 19 Uhr im Obergeschoss

SCHIFFERSTADT. Tino Leo spielt Adam von Itzstein, Freiheitskämpfer der ersten Stunde und Abgeordneter der Paulskirchenversammlung, und ist auf der Flucht. Gesucht wegen Hochverrats... er nimmt die Zuschauenden mit auf seine Reise durch den Vormärz und zur Revolution von 1848/49, die geprägt ist von Hoffnung, Aufbruch und Enttäuschung.

Aus der Retrospektive taucht er immer wieder ein in die wechselhaften Zeiten, in der die Revolutionäre viel auf dem Spiel setzen, damit wir heute frei leben können.

Dabei trifft er auf Persönlichkeiten wie Fürst von Metternich, den Preußenkönig, den Demokraten Friedrich Hecker und Menschen aus der Mitte

des Volkes. Alle erleben diese Jahre auf ganz unterschiedliche Weise, ob in Berlin, Wien oder Frankfurt.

Durch die verschiedenen Interessen kommt die Freiheitsbewegung ins Wanken und die alten Mächte gewinnen wieder die Oberhand. Und dennoch, was in dieser Zeit begann, war auf Dauer nicht mehr rückgängig zu machen...

Tino Leo benötigt kaum Requisiten oder Kostüme, um sein Publikum zu fesseln: Allein mithilfe von Gestik, Stimme und vor allem mit ganz viel Emotionen wechselt er blitzschnell zwischen seinen zehn verschiedenen Rollen.

Hat er eben noch den österreichischen Kanzler Metternich als Repräsentanten

der Restauration verkörpert, schlüpft er nun in die Rolle eines Spions oder des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. - ein Parforceritt durch 40 Jahre deutsche Geschichte, in denen wichtige Grundlagen für unsere heutige Demokratie gelegt wurden.

Als Histotainer möchte Leo Geschichte unterhaltsam und in komprimierter-fundierter Form vermitteln, aber gleichzeitig auch dafür sensibilisieren, dass unsere Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern heiß errungen wurde.

Die Veranstaltung wird von der Sparkasse Vorderpfalz finanziell unterstützt. Text, Konzept, Schauspiel: Tino Leo, Regie: Götz Brandt

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt
Bild: L. Hass

Heimat sehen. Heimat spüren. Heimat lesen.

Schifferstadter Tagblatt.

Aktuelle Buchmesse und Vorlesemonitor 2024: Rheinland-Pfalz fördert Begeisterung für's Lesen

Vielfältige Angebote des Landesbibliotheksentrums richten sich erfolgreich an Kinder und Jugendliche

RHEINLAND-PFALZ/SPEYER. Vor dem Hintergrund der neuesten Trends der Frankfurter Buchmesse und der Ergebnisse des „Vorlesemonitors 2024“ der Stiftung Lesen sieht sich das Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz (LBZ) gut gerüstet, um das Interesse an Büchern und den Lesespaß - gerade bei Eltern und Kindern - zu fördern: Allein bei dem von der Landesbüchereistelle organisierten „Vorlese-Sommer“ stieg die Zahl der teilnehmenden Kinder seit dem

Start der Aktion 2022 um über 7 Prozent auf über 8600. Fast 58 000 Bücher wurden von Eltern, älteren Geschwister oder Verwandten den Mädchen und Jungen im Kindergartenalter vorgelesen. Dazu kommt der bereits seit 2008 erfolgreiche „Lesesommer“ für Schülerinnen und Schüler mit über 200 000 geliehenen Büchern. Zahlreiche weitere Initiativen des LBZ für Kinder und Jugendliche ergänzen das Angebot.

Entscheidend für den Erfolg ist dabei die Vernetzung des

LBZ mit den vielen hundert haupt- und ehrenamtlichen Öffentlichen Bibliotheken in Rheinland-Pfalz und deren Kooperation mit Bildungspartnern wie Kindergärten und Schulen. Um die Zusammenarbeit zu verstetigen, bietet das LBZ Unterstützung in Form von Arbeitshilfen sowie Vorlagen an und verleiht Urkunden und Siegel, die die Kooperationen auch nach außen hin sichtbar machen sollen (s.rlp.de/bildungspartner). Neben den landesweiten Les- und Vorleseaktionen

gibt es zusätzlich ein breites Ausleihangebot für Öffentliche Bibliotheken, Kitas und Schulen. Zu erwähnen sind hier die „Lesewiese“, die „Lese-Lok“ oder das Buch-Duell für ältere Kinder. Zum Vorlesen genutzt werden können auch Ausleihangebote wie der Geschichten- und Erzählkoffer, das Bilderbuchkino oder auch das Erzähltheater (s.rlp.de/lesespass). Angebote zur Medienbildung, zum Beispiel mit Tablet und App oder zu Robotik & Coding ergänzen das analoge Angebot

und können eine wertvolle Unterstützung oder Ergänzung bieten (s.rlp.de/medienebildung).

Die Angebote für Kitas sind im Netz unter: <https://lbz.rlp.de/landesbuechereistelle/beratung-fuer-oeffentliche-bibliotheken-schulen-kitas/beratung-und-unterstuetzung-fuer-kitas/kita-bibliothek-angebote> zu finden.

Auch zur Winterzeit sind Vorleseaktionen Trumpf im Land: Bei den Weihnachtsaktionen „Dezembergeschichten“ und „Adventskalender“

für Kita- und Grundschulkindern waren allein im letzten Jahr über 100 000 Mädchen und Jungen dabei. In diesem Jahr findet die Eröffnung am 2. Dezember online mit Kulturministerin Katharina Binz statt.

www.schifferstadter-tagblatt.de

ANZEIGEN

Montag | Dienstag | Mittwoch | Donnerstag | Freitag | Samstag

Tagesessen gut und preiswert von 21. bis 26. Oktober 2024

Mittagspause



Bistro-Restaurant „Pfeffer & Salz“ 2.0
Kl. Kapellenstraße 7 - Schifferstadt - Telefon 95 97 449

Tagesessen von Montag bis Freitag, 11.30 bis 14 Uhr
Wochenkarte vom 21. bis 25. Oktober 2024

- Rigatoni al Forno mit Beilagensalat € 10,00
- Nudeln mit Haschee und Salat € 12,00
- Schnitzel „Wiener Art“ mit Soße nach Wahl (Rahm-, Pilzrahm-, Zigeunersoße), Pommes Frites und Salat € 10,00
- Saumagenbratwurst mit Sauerkraut und Kartoffeln € 12,00
- Saftiges Schweinegulasch mit Kartoffelknödel und Salat € 13,00

– Lokal ist klimatisiert –

FSV 13er-Clubhaus - Dudenhofener Straße 8
Telefon 06235 6787

Mittagessen von Dienstag bis Donnerstag

- Brokkolisuppe 4,90 Euro
- Rinderleber „Berliner Art“ mit hausgemachtem Kartoffelpüree 12,50 Euro
- Holzfaller-Spätzle-Pfanne mit Speck, Zwiebel und Champignons, dazu Salat 11,20 Euro
- Gefüllte Zucchini mit Schafkäsecreme, Kroketten und Salat 11,60 Euro
- Kürbiskernschnitzel mit Pommes und Salat 11,50 Euro

Jeden Freitag!
Backfisch mit hausgemachter Remoulade und lauwarmem hausgemachtem Kartoffelsalat 13,50 Euro

Euer 13er Clubhaus-Team

Öffnungszeiten:
Mo Ruhetag, Di-Fr So 11:30-20:00 und Di-So 17-21:30
Küche: Di-Fr So 11:30-14:00 und Di-Sa 17:30-20:30, So 17:30-20:00

Marktädle Lillengasse 129 - Telefon 491488

Mitnahmespeisekarte vom 21. bis 25. Oktober 2024

Montag:
Rigatoni mit Schinken/Gemüesoße dazu Beilagen Salat (Tomaten-Sahne-Soße) € 8,60
Italienische Bowl (Blattsalat, gek. Schinken, Käse, Ei) € 7,70

Dienstag:
Puten-Kokos-Curry mit Reis und Gemüse auch vegetarisch möglich € 10,20
Blumenkohl-Crème-Suppe € 4,70

Mittwoch:
Pasta mit Knoblauch-Scampi dazu Gurkensalat € 10,50
Rindfleischsuppe mit Markklößchen € 4,80

Donnerstag:
Schnitzel „Jäger Art“ mit Spätzle dazu Karottensalat € 10,50
Kürbis-Crème-Suppe € 4,70

Freitag:
Eierpfannkuchen mit Hackfleischfüllung (Tomatensoße) € 8,90
Eierpfannkuchen mit Fruchtequark € 6,90

Gerne liefern wir innerhalb von Schifferstadt zu Ihnen nach Hause!
Um Vorbestellung wird gebeten unter 491488 – Nur solange Vorrat reicht!

Gaststätte „Vogelpark“
Waldfestplatz 2, Schifferstadt, Telefon 0 62 35 / 49 10 717

Dienstag bis Sonntag ab 10 Uhr - Frühstück So ab 10 Uhr - Montag Ruhetag!

- Dienstag: Jägerschnitzel mit Pommes und Salat € 9,90
- Mittwoch: Kesselgulasch mit Spätzle und Salat € 9,90
- Donnerstag: Schweinebraten mit Rotkraut und Kartoffelbrei € 9,90
- Freitag: Backfisch (ca. 200g) mit selbstgemachtem Kartoffelsalat € 12,90

Samstag und Sonntag:
Spareribs mit BBQ-Sauce und Pommes € 12,90
Gänsekeule mit Rotkraut und Semmelknödel (während der Woche auch als Reservierung) € 22,90

Jeden Mittwoch und Freitag:
Selbstgemachte Dampfnudeln mit Kartoffelsuppe und Sauce € 8,00

Neu bei uns: Vegane Dampfnudeln
Jeden Tag Frühstück ab 3,90 € und selbstgemachte Kuchen auch zum Mitnehmen. Alle Angebote solange Vorrat reicht.

Bistro-Restaurant „Pfeffer & Salz“ 2.0
Kl. Kapellenstraße 7 - Schifferstadt - Telefon 95 97 449

Mittwoch:
Hausgemachte Dampfnudeln mit Kartoffelsuppe, Vanille- oder Weinsoße € 8,50

Zusätzlich Freitag:
Backfisch mit Kartoffelsalat und hausgemachter Remoulade € 12,50

Für Dampfnudeln und Backfisch bitten wir um Vorbestellung bis zum jeweiligen Vorabend.
Zum Abholen und Liefern!

Metzgerei Stephan Mayer
Speyerer Str. 43, Tel. 2908

Jeden Dienstag:
Frische Hausmacher Wurst, Wellfleisch und Leberknödel

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an küchenfertigen Spezialitäten für den Backofen.
Wieder im Sortiment: Pfälzer Saumagen mit Kastanien und Kastanienbratwurst.
Neu: Pulled Pork – eigene Herstellung, ideal als Burger.

Lieferservice: Tel. Bestellungen bis 12.30 Uhr oder per Mail: stephmayer@t-online.de – Auslieferung ab 15 Uhr.



„DEUTSCHES HAUS“ Metzgerei Schlachtfest:

- Frische Hausmacher und Kesselfleisch.** Dienstag, um 12 Uhr Schweinepfeffer mit Knödel
- Donnerstag:** Knöchel und Schälrippchen, um 12 Uhr Gulaschsuppe, um 18 Uhr gegrillte Haxen
- Freitag/Samstag:** Frische Weißwurst, warmer, Fleischkäse, Leberknödel

Familie Grau, Telefon 2280

Digitale Einzelausgabe!

www.schifferstadter-tagblatt.de

Hier können Sie von jedem Erscheinungstag Ihre Einzelausgabe in digitaler Form als pdf-Datei bestellen.

Eine Ausgabe von Montag bis Freitag kostet 1,20 Euro, die Samstagsausgabe 1,30 Euro.

Schifferstadter Tagblatt

Schifferstadter Tagblatt – Print oder digital!

Am Mittwoch im Tagblatt

prisma
Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung

TV-PROGRAMM 26.10. - 1.11. Nr. 43/2024

Gewinnen Sie 10 000 € beim großen prisma-Rätsel! Seite 29

BLAZER, BLUSEN UND BORDEAUX
Die Mode-Trends für den Winter Seite 4

PHIL LAUDE UND CORDULA STRATMANN ZU GAST IM prisma-PODCAST Seite 5

ANZEIGE

TUIN Maximaal
PREIS BIS ZU 50% SENKUNG

Glasschiebewände von 369,- Jetzt ab 145,-
Überdachungen und Beleuchtung jetzt extra günstig tuinmaximaal.de

Für Sie vor Ort

LOKAL

PRINT WIRKT

Zeitung schafft Vertrauen.

Zeitungen sind das Sprachrohr der Region. Ihnen vertraut man. Diese starke Verankerung macht sie auch zum idealen Werbemedium.

Schifferstadter Tagblatt
Ihre Tageszeitung seit 1905!

Das Kultglas der Pfälzer!

#FEINSTÜCKPFALZ

#einstueckpfalz-Dubbeglas

- Farbe: transparent, glasklar
- Aufdruck: #einstueckpfalz-Logo
- Pfälzer-Dubbeschoppe, konisch
- Fassungsvermögen 0,5 l oder 0,25l

Online und in der Tagblatt-Geschäftsstelle, beim Zweiradhaus Mayer und im Geschenkädle erhältlich!

€ 8,50 pro Stück 0,25l

€ 9,80 pro Stück 0,5 l

www.einstueckpfalz.de